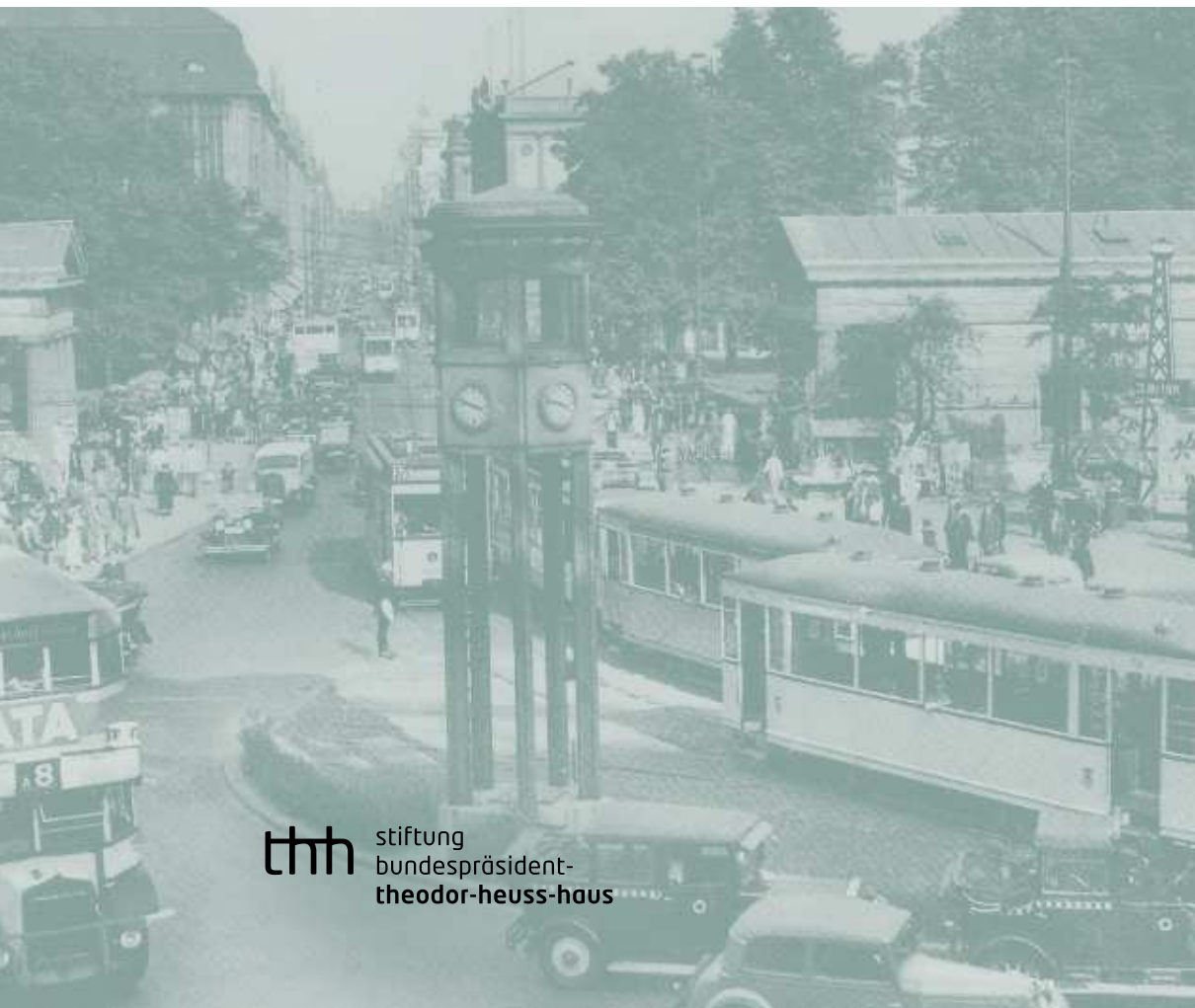


44

KLEINE REIHE

Thomas Hertfelder

**Mehr als Babylon Berlin.
Was lehrt uns die Republik von Weimar heute?**



thh stiftung
bundespräsident-
theodor-heuss-haus

Zur Publikation

Die erste deutsche Demokratie der Jahre 1919 bis 1933 ist uns eigentümlich nahe gerückt: Als aufregendes Medienspektakel eines »Babylon Berlin«, als faszinierendes Laboratorium der Moderne, als Menetekel und Schreckbild unserer Gegenwart. Wie ein Brennglas bündelt die Weimarer Republik die Widersprüche der modernen Welt und die Probleme, mit denen Demokratien allenthalben wieder ringen. Haben wir bald wieder »Weimarer Verhältnisse«? Sind wir Babylon Berlin? Was lernen wir heute von der Republik von Weimar?

Der vorliegende Essay erzählt nicht ein weiteres Mal die Geschichte der Weimarer Republik. Er analysiert vielmehr unter Berücksichtigung des Forschungsstands zentrale Probleme der ersten deutschen Demokratie wie z.B. die politische Gewalt oder die Hyperinflation auf anschauliche Weise. Ohne den historischen Abstand in Frage zu stellen, versucht er, Brücken in unsere Gegenwart zu schlagen: Welche Lektionen hält die Republik von Weimar für uns bereit?

44

KLEINE REIHE

Thomas Hertfelder

**Mehr als Babylon Berlin.
Was lehrt uns die Republik von Weimar heute?**

Inhalt

Einleitung: Aus der Geschichte lernen?.....	7
1. Babylon Berlin: Haben wir Weimarer Verhältnisse?	10
2. Weimarer Lektionen	
2.1 Die Republik in der Badehose: Eine Lektion über Medien.....	14
2.2 Die klassische Lektion: Die rutschige Bahn in den autoritären Staat	25
2.3 Politische Gewalt: Wenn Worte zu Taten werden.....	29
2.4 Die Vertrauens-Lektion: Wie man eine Gesellschaft zerrüttet	40
2.5 Die positive Lektion: Weimar und die demokratische Tradition in Deutschland	53
3. Die Demokratie von Weimar als Lücke im kollektiven Gedächtnis	62
Anmerkungen	66

Mehr als Babylon Berlin

Was lehrt uns die Republik von Weimar heute?¹

Aus der Geschichte lernen?

Können wir aus der Geschichte lernen? Diese Frage wird zu Recht gestellt. Sie wird gestellt von aufgeweckten Schülerinnen und Schülern, die den Sinn von Geschichtsunterricht hinterfragen, von Bürgerinnen und Bürgern, die in unübersichtlichen Zeiten nach Orientierung suchen, aber auch von Historikerinnen und Philosophen. Die Antworten, die wir auf diese Frage erhalten haben, fallen unterschiedlich aus. Eine ebenso berühmte wie ernüchternde Antwort hat vor 200 Jahren der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) in seinen *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* gegeben:

»Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben. Jede Zeit hat so eigentümliche Umstände, ist ein so individueller Zustand, daß in ihm aus ihm selbst entschieden werden muß und allein entschieden werden kann.«²

Soll heißen: Die Zeiten ändern sich so rapide und so grundlegend, dass das Erfahrungswissen einer früheren Zeit für die eigene Gegenwart schon nicht mehr anwendbar ist. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, der in Europa und Nordamerika mit der Erfahrung großer revolutionärer Umwälzungen in Politik und Gesellschaft verbunden war, verlieren Gewissheiten, die eine Gegenwart eben noch für gesichert geglaubt hat, rapide an Geltungskraft. Dieses spezifisch *moderne* Gefühl eines beständig beschleunigten Wandels, in dem sich traditionelle Verbindlichkeiten auflösen, gehört zu den Kernmerkmalen der »neuzeitlich bewegten Geschichte« (Reinhart Koselleck) und damit auch unserer Gegenwart. Vor fast einem halben Jahrhundert hat der Liedermacher Hannes Wader dieses moderne Lebensgefühl wie folgt besungen:

Denn was neu ist, wird alt,
und was gestern noch galt,
stimmt schon heut' oder morgen nicht mehr.³

Wenn der schwäbische Philosoph und der westfälische Barde also recht hätten und wir aus der Geschichte überhaupt nichts lernen könnten, dann könnten wir unsere Geschichtsbücher getrost beiseitelegen.

Nun wäre es tatsächlich naiv zu behaupten, dass uns *die* Geschichte etwas lehre, was wir nur anzuwenden bräuchten. Die Geschichte ist eben *nicht* die Lehrmeisterin des Lebens, wie es der antike Topos einer *historia magistra vitae* und politische Sonntagsreden wollen.⁴ Denn »die Geschichte« als solche gibt es nicht; sie muss erst von Menschen erforscht, begriffen, geschrieben und gelesen werden, damit sie uns als »Geschichte« überhaupt begegnen kann.⁵ Auch steht uns »die Geschichte« nicht, einer Sphinx gleich, wie ein uns fremdes, rätselhaftes Wesen gegenüber: Wir erforschen und schreiben Geschichte bekanntlich stets unter bestimmten Perspektiven und Fragestellungen, die uns in unserer jeweiligen Gegenwart in bestimmter Weise relevant erscheinen. Insofern dient uns die Beschäftigung mit der Vergangenheit stets auch als eine Art Spiegel unserer selbst, der uns, wenn wir umsichtig vorgehen, mehr und durchaus anderes offenbaren kann als nur ein bloßes Abbild dessen, was wir ohnehin schon zu wissen meinen.⁶

Allerdings ist bei diesem Blick in den Spiegel der Vergangenheit Vorsicht geboten. Nicht erst seit Wladimir Putins historischer Begründung seines Angriffskrieges gegen die Ukraine kennen wir den »präsentischen« Missbrauch der Geschichte zu handfesten, gegenwärtigen Zwecken, ihre Verwendung als Argument in der politischen Auseinandersetzung oder ihre ideologische Funktion etwa bei der Rechtfertigung von Kriegen. In allen diesen Fällen werden historische Zeiten in ihrem Eigensinn, ihrer Andersartigkeit und ihrer Komplexität negiert und auf kurzschlüssige Weise für nichts anderes als den Moment zurechtgemacht.

Wer die Geschichte als Argument für die Gegenwart fruchtbar machen möchte, ist dagegen gut beraten, zunächst den Stand der fachhistorischen Forschung zur Kenntnis zu nehmen, der uns einen Ausschnitt aus der Vergangenheit in seiner ganzen Komplexität und Fremdheit vor Augen führt: Schnelle Schlüsse im Blick auf unsere Gegenwart lassen sich aus

den Erträgen der Geschichtswissenschaft eher selten ziehen. In einem zweiten Schritt wäre zu prüfen, welchen Ausschnitt aus der Geschichte wir betrachten und welche Perspektive wir dabei anlegen wollen: Wollen wir etwas erfahren, was wir noch nicht wissen? Oder wollen wir nur *unseren* Standpunkt, der keinen Zweifel duldet, historisch »untermauern«? Besonders heikel ist in unserem Zusammenhang schließlich der dritte Schritt mit der Frage: Inwieweit können wir von der sehr spezifischen Beschaffenheit unseres historischen Gegenstandes abstrahieren, um den Blick zu öffnen für seinen möglichen *Modellcharakter*?⁷ Inwieweit kann beispielsweise die Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre als paradigmatisch gelten für andere ökonomische Schocks?⁸ Kann der Westen, können insbesondere die USA von den »stürzenden Imperien« vergangener Zeiten etwas für die Gegenwart lernen?⁹ Können wir an historischen Beispielen erfahren, »wie Demokratien sterben«?¹⁰ Diese Fragen sind Variationen auf das eingangs formulierte Problem, ob wir aus der Geschichte lernen können.

Die meisten Historikerinnen und Historiker sind, was solche Versuche angeht, skeptisch und verweisen zu Recht auf eine verführerische »Magie der Parallelen«¹¹, die das grundlegend Andere der Vergangenheit nur allzu gerne übersieht und folglich zu unhaltbaren Schlüssen in Bezug auf unsere so anders gelagerte Gegenwart verleitet. Dem wäre entgegenzuhalten, dass historische Forschung, ja dass Geschichtsschreibung überhaupt in ganz elementarer Weise auf die Bildung von Analogien angewiesen ist, etwa wenn sie ihr unübersichtliches Material über abstrakte Kategorien wie »Revolution«, »Demokratie«, »Diktatur«, »Bürgerkrieg« etc. zu sortieren sucht oder wenn sie anhand dicht beschriebener Fallbeispiele einen Begriff, ein Argument oder eine These plausibel machen möchte.

Das Beispiel, das *Exemplum*, ermöglicht, wie der Geschichtstheoretiker Achim Landwehr argumentiert, »eine besondere Erkenntnisform, indem es auf der Ebene des Partikularen verbleibt«, eine Form zudem, die die westliche Logik des Subsumierens unterläuft und dabei mit nichts anderem als dem Mittel der Analogie arbeitet.¹² Das gezielt gewählte Beispiel ruft also einen *Möglichkeitsraum* ähnlich gelagerter Fälle auf. Wenn wir in diesem Essay nach möglichen »Lehren« fragen, die wir aus der Geschichte der Weimarer Republik ziehen können, so kann sich jener Möglichkeitsraum ähnlich gelagerter Fälle nur deshalb öffnen, weil bestimmte Kernparameter der Weimarer Jahre – moderne Mediengesellschaft, kapitalistische Ökonomie, liberale Demokratie, kulturelle Moderne – auch für unsere Gegenwart gel-

ten. Deshalb können wir, so die These dieses Versuchs, aus der Geschichte der Weimarer Republik für unsere heutige Zeit durchaus Lehren ziehen – auch wenn dies oft genug bestritten wurde.¹³

Wir können also festhalten: Am historischen Exempel gewinnen wir keine einfachen, zeitlosen Rezepte, sondern vielmehr Argumente, die uns in bestimmten, konkreten Konstellationen helfen, eine Analyse, eine Handlungsoption plausibler zu finden als eine andere.¹⁴ Welche Schlüsse man aus dem historischen Exemplum am Ende zieht, ist keine wissenschaftliche, sondern eine politische Frage. Der vorliegende Versuch folgt somit einem neueren Trend der Geschichtsschreibung, die sich heute viel entschlossener als noch vor zwanzig Jahren wieder zuzutrauen scheint, der öffentlichen Debatte etwas historischen Nachhilfeunterricht zu geben.¹⁵

1. Babylon Berlin: Haben wir Weimarer Verhältnisse?

Zu den aufwendigsten und erfolgreichsten deutschen Fernsehproduktionen der jüngeren Zeit gehört der Historienthriller *Babylon Berlin*, der seit 2017 in nunmehr vier Staffeln das Publikum in seinen Bann schlägt. Die für die ARD und den Pay-TV-Sender Sky produzierte Serie lädt uns ein in das Berlin der späten 1920er Jahre. In atemberaubendem Tempo und gewagten Schnitten haben wir Teil am Leben des jungen Kriminalkommissars Gereon Rath und der Kriminalassistentin Charlotte Ritter, die in einem Strudel aus Verbrechen, Korruption, politischem Radikalismus und ausschweifenden Vergnügungen im Berlin der späten Weimarer Republik ihren Ermittlungen nachgehen. Wir begegnen prominenten Politikern der zwanziger Jahre, etwa Gustav Stresemann und Aristide Briand, wir haben Teil an den Gewaltexzessen des Berliner »Blutmai« 1929, wir werden eingeweiht in die finsternen Machenschaften hoher Militärs und rechtsextremer Seilschaften und dabei förmlich hineingerissen in die Dynamik einer außer Rand und Band geratenen Zeit, die spürbar dem Abgrund entgegentaumelt.¹⁶ Und wenn die russische Gräfin Swetlana Sorokina im Varieté *Moka Efti* in androgyner Kleidung ihre rauchige Stimme zu dem Lied »Zu Asche, zu Staub« erhebt und ihr befracktes Publikum damit zum Toben bringt, dann lassen wir uns gerne fesseln vom Mythos der *Roaring Twenties*.

Tanz auf dem Vulkan, Sündenbabel, Niedergang von Demokratie und Recht – fasziniert uns dieses gewaltige, über bislang 40 Folgen gespannte Panorama eines »Babylon Berlin« vielleicht deshalb so sehr, weil wir hier un-



Abb. 1: Poster zur vierten Staffel der Serie »Babylon Berlin«

sere Gegenwart darin wiederzuerkennen meinen? In der Tat reagiert die Serie auf das Unsicherheitsempfinden unserer Zeit, indem sie uns die ferne und doch scheinbar unheimlich nahe Welt der späten Weimarer Jahre vor Augen führt, eine Welt jedenfalls, die aus allen Fugen zu geraten scheint. Die gegenseitige Überlagerung von Staats- und Wirtschaftskrise, die für die Endphase der Weimarer Republik charakteristisch ist, wird in der Serie permanent in Szene und damit unausgesprochen in Beziehung gesetzt zur »Polykrise« unserer Tage.¹⁷ Die ebenso komplexe wie eingängige Erzählung, die Drastik der Szenen, das virtuose Spiel mit Versatzstücken historischer Realität, die imposante, kleinste Details des damaligen Alltags suggestiv aufgreifende Kulissenwelt, der vielfache Bezug auf die Ästhetiken der 1920er Jahre – mit solchen Mitteln leistet die Serie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Arbeit am »Mythos Weimar«, um uns schließlich in nahezu jeder der über 40 Folgen aufs Neue mit der Frage zu konfrontieren: Haben wir etwa wieder Weimarer Verhältnisse?

»Weimarer Verhältnisse« – so hieß eine Debatte, die Historikerinnen und Historiker vor einigen Jahren im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ausgetragen haben.¹⁸ Die Diskussion kreiste um Medien und Wirtschaftskrisen, um Legitimitätsverlust und Rechtspopulismus und vor allem um die Gefährdungen unserer Demokratie damals wie heute. Die meisten Argumente, die in diesem Zusammenhang vorgetragen wurden, lassen sich in einem relativ klaren Fazit zusammenfassen: Wir haben heute *keine* Weimarer Verhältnisse, weil die konkreten (nicht die allgemeinen) Umstände eben doch ganz andere sind als die zwischen 1919 und 1933.

Anders als die Bürgerinnen und Bürger der Weimarer Republik blicken wir heute auf eine nunmehr 75jährige demokratische Praxis zurück, die sich trotz aller Krisen und Anfechtungen im Kern noch immer bewährt und einen beachtlichen demokratischen Konsens hervorgebracht hat. Von einem solchen Konsens war die erste deutsche Republik stets meilenweit entfernt. Im Unterschied zur Republik von Weimar steht die Bundesrepublik heute nicht vor der Aufgabe, die gewaltigen politischen, ökonomischen und moralischen Hypotheken eines verlorenen Weltkriegs zu bewältigen. Eingebunden in die supranationalen Strukturen der Europäischen Union und eine multilaterale Sicherheitsarchitektur mag die Bundesrepublik zwar von einer »Suche nach Sicherheit« (Eckart Conze) getrieben sein – von einem Wunsch nach Revision oder gar Revanche kann, anders als in der Republik von Weimar, jedoch keine Rede sein. Bei aller sozialer Ungleichheit ent-

halten das allgemeine Wohlstandsniveau und der weit ausgebaute Sozialstaat der Bundesrepublik noch immer ihre sozial und politisch befriedende Wirkung; Konflikte der egalitären Massendemokratie werden in aller Regel nicht gewaltsam auf der Straße, sondern in institutionalisierten Verfahren ausgetragen. Bei alledem wird freilich auch deutlich, dass die gemütlichen Zeiten offenbar vorbei sind; der Wind ist rauer geworden: Die westlichen Demokratien und mit ihnen die Bundesrepublik scheinen sich aktuell zu einer »rough democracy« (Paul Nolte) zu entwickeln.

.....

Von »Weimarer Verhältnissen« zu sprechen und in den alarmistischen Ton einer *self fulfilling prophecy* zu verfallen, wäre sachlich verfehlt und politisch fatal.

.....

Last, not least unterscheiden sich die Weimarer Krisendiskurse von den heutigen grundlegend im Blick auf die damals und heute projizierten Zukunftsszenarien.¹⁹ Mögen eine zunehmende Bereitschaft zum politischen Aktivismus sowie die allgegenwärtige Rede von »Krise« und »Zeitenwende« Weimar und die Gegenwart noch verbinden, so verhalten sich doch die Zukunftsdiskurse, in die der damalige und der heutige Aktivismus eingelagert sind, geradezu konträr zueinander. Denn in den allgegenwärtigen Krisendiskursen der Weimarer Republik setzte sich im Laufe der wenigen Jahre, die der Republik beschieden waren, immer mehr ein radikaler Gestaltungsoptimismus durch, der sich zwar an den politischen Extremen ganz unterschiedlich aufladen konnte, insgesamt aber die Krise als Gelegenheit zu einer großen Zeitenwende begriffen hat – hin zu einer ganz anderen und viel besseren Welt. Dieser »gestaltungsoptimistische Grundkonsens der Weimarer Republik« (Rüdiger Graf) kontrastiert augenfällig mit den eher apokalyptisch gestimmten Krisendiskursen unserer Tage.²⁰

Von »Weimarer Verhältnissen« zu sprechen und damit in den alarmistischen Ton einer *self fulfilling prophecy* zu verfallen, wäre somit sachlich verfehlt und außerdem politisch fatal. Denn auch das lässt sich aus »Weimar« lernen: Die zeitgenössisch allgegenwärtige Rede von der »Krisis« im Sinne einer »Zeitenwende« ist nicht zuletzt als Strategie der Aneignung von Zukunft, der Erzeugung enormer und meist diffuser Erwartungsüberschüs-

se zu verstehen.²¹ Wer in der Weimarer Republik von »Krisis« sprach, und das taten viele, hat den Einsatz bewusst erhöht, hohe, kaum einzulösende Erwartungen geschürt²² und auf baldige, grundlegende Veränderung, ja »Entscheidung« gedrängt: Der Begriff war dezisionistisch, existenzialistisch und aktivistisch aufgeladen. Historikerinnen und Historiker sind deshalb inzwischen vorsichtiger geworden, den zeitgenössischen Krisenbegriff unbesehen als Kategorie in ihre Analysen zu übernehmen. Auch in unserem gegenwärtigen Gebrauch des Begriffs schwingt die Weimarer Lesart in deutlich abgeschwächter Form noch mit. Wer den Begriff »Krise« heute in analytischer Absicht verwenden möchte, sollte sich daher dieser Bedeutungsschicht bewusst sein und seine Argumente sorgfältig abwägen, um nicht neuerdings jene Fundamentalkrise herbeizureden, vor der zu warnen man vorgibt und die noch stets als Nährboden eines extremistischen Aktivismus gedient hat.

Um aus der Geschichte der ersten deutschen Demokratie lernen zu können, brauchen wir indessen keine »Weimarer Verhältnisse« und auch keine fundamentale »Krise«. Wenn wir uns auf die Suche nach den »Lehren aus Weimar« begeben, sind wir vielmehr gut beraten, die Rede von den »Weimarer Verhältnissen« als polemische Großanalogie links liegen zu lassen und an einen breiten, gesicherten Forschungsstand mit aller gebotenen Vorsicht die richtigen Fragen zu stellen. Sehen wir uns die Weimarer Lektionen daher etwas genauer an.

2. Weimarer Lektionen

2.1 Die Republik in der Badehose: Eine Lektion über Medien

Der 21. August 1919 war ein Festtag für die junge Republik. An diesem Tag nämlich sollte der neu gewählte Reichspräsident Friedrich Ebert im Nationaltheater zu Weimar auf die eben verabschiedete Verfassung vereidigt werden. Gegen 17 Uhr fuhr die Limousine des Präsidenten auf dem Vorplatz des Nationaltheaters vor,²³ wo sich, wie die »Weimarische Landes-Zeitung Deutschland« berichtet, »Weimaraner aller Gesellschaftsschichten« versammelt hatten.²⁴ Während eine Militärkapelle aufspielte, schob sich der Wagen langsam durch die dort versammelte Menschenmenge, als jemand dem Büroleiter des Präsidenten, Rudolf Nadolny, durchs offene Wagenfenster eine Zeitschrift zusteckte. Nachdem Nadolny einen Blick auf das Titelbild geworfen hatte, setzte er sich auf das Blatt, um es vor seinem Chef

zu verbergen, und tat, als sei nichts gewesen.²⁵ Wenige Minuten später wurde Friedrich Ebert im Nationaltheater feierlich auf die neue Verfassung vereidigt. Anschließend hielt er vom Balkon des Theaters eine Rede an die noch immer auf dem Vorplatz versammelten Menschen, in der er unter anderem »vom alten Recht« sprach, das den Deutschen lange vorenthalten geblieben »und nun vom Volke selbst errungen und gesichert worden« sei.²⁶ Unter vielfachen »Hoch«-Rufen und den Klängen des Deutschlandliedes verließ der Präsident die Szenerie. Noch am selben Tag aber begann der Stern des neuen demokratischen Staatsoberhauptes bereits zu sinken. Was war geschehen? Wechseln wir die Szene und blenden wir einen Monat zurück.

Am 16. Juli 1919 hielt sich der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers Gustav Noske und anderer im Ostseebadeort Haffkrug bei Travemünde auf. Dort besichtigten die Politiker ein Kinderheim und begaben sich dann zum Strand, wo sie sich in staatsmännischer Kleidung in den Sand setzten.



Abb. 2: Friedrich Ebert (3. v. r.) am 16. Juli 1919 mit Gustav Noske (ganz rechts) und Begleitern am Strand von Haffkrug

Es war heiß, das Meer lockte und die Herren beschlossen, ein Bad zu nehmen. Der örtliche Strandfotograf Wilhelm Steffen, der schon die Fotos vor dem Kinderheim angefertigt hatte, fragte die Badenden, ob er sie fotografieren dürfe. Die Gruppe willigte ein und ging in Pose.²⁷ Warum auch nicht? Hatte der Mann nicht eben so nett inszenierte Bilder geschossen?



Abb. 3: Friedrich Ebert (2. v. r.) mit Gustav Noske (3. v. r.) und Begleitern am 16. Juli 1919 beim Baden am Strand von Haffkrug

Kaum war das Foto entwickelt, stellte es der Fotograf in seinem Atelier aus, wo es ein Journalist entdeckte und ihm abkaufte. Das Foto erschien zuerst am 9. August 1919 in der Beilage der konservativen *Deutschen Tageszeitung*, und zwar ganz unscheinbar auf der Schachseite, dafür versehen mit einer vor Ironie triefenden Bildunterschrift: »In Ausübung ihrer hohen Machtvollkommenheiten dispensierten sie [Ebert und Noske] sich von der dort herrschenden Vorschrift, nur im Kostüm zu baden²⁸, stellten der Welt ihre ganze Manneschönheit zur Schau und veranlassten in animierter Stimmung die Fixierung der nebenstehend wiedergegebenen Szene auf photographischer Platte [...].«²⁹ Um auch dem letzten Leser klarzumachen, wie diese Zeilen zu verstehen seien, versah sie die Redaktion mit der Überschrift »Der Repräsentant des ›Neuen Deutschland‹«.



Der Repräsentant des „Neuen Deutschland“.

Mitte Juli weilten die Herren Reichspräsident Fritz Ebert und Reichswedeminister Noske auch einige Tage im Öffenseebade Haff bei der Landemünde. In Ausübung ihrer hohen Nichtvolkommenheiten disponierten sie sich von dort herrschenden Vorschrift, nur im Kostüm zu baden, stellten der Welt ihre ganze Manneskraft zur Schau und veranlassten in animierter Stimmung die Fixierung der nebenstehend wiedergegebenen Szene auf photographischer Platte. Nachträglich kamen ihnen doch Bedenken über die geschmackliche Seite ihres Tuns, und sie entseigneten dem Photographen Platte und Abzüge. Herr Ebert hatte inbezug die Freundlichkeit, uns eine Kopie zur Verfügung zu stellen, weil er in ihrer Wiedergabe mit Recht eine treffliche Propaganda für das neue Regime und für seine Person erblickt.

Abb. 4: Deutsche Tageszeitung Nr. 31 v. 9.8.1919, Beilage S. 4

All diesem Spott zum Trotz fand das Foto noch relativ wenig Beachtung. Dies sollte sich schlagartig ändern, als die »Berliner Illustrierte Zeitung«, das Flaggschiff unter den damaligen Illustrierten in Deutschland, in ihrer Ausgabe vom 24. August 1919 mit dem Foto großformatig aufmachte (Abb. 5).

Die Bildunterschrift enthielt sich nun jeglicher Häme und formulierte ebenso lapidar wie unzutreffend: »Ebert und Noske in der Sommerfrische.« Zugleich war das Bild nun stark beschnitten, sodass die beiden Politiker ganz im Fokus standen, und dieses Mal erschien es nicht auf der Schachseite einer wenig bedeutenden Tageszeitung, sondern auf dem Cover einer auflagenstarken Illustrierten.

Der Pressecoup war folgenreich. Das lag nicht zuletzt am ausgeklügelten Timing: Genau an jenem 21. August 1919, an dem Friedrich Ebert in Weimar als Präsident vereidigt wurde, wurde das Blatt nämlich bereits ausgege-

24. August
1919
Nr. 34
28. Jahrgang

Berliner

Einzelpreis
des Heftes
25 Pfg.

Illustrierte Zeitung

Verlag Ullstein & Co, Berlin SW 68



Ebert und Roste in der Sommerfrische.
Aufgenommen während eines Besuchs des Seebads Gaffring bei Travemünde.

Abb. 5: Titelseite der Berliner Illustrierten Zeitung vom 24. August 1919

ben – also drei Tage vor seinem nominellen Erscheinungsdatum. Deshalb konnte es an jenem Tag auch auf dem Vorplatz des Weimarer Nationaltheaters verteilt werden und Eberts Büroleiter in Unruhe versetzen.

Die Veröffentlichung in der Berliner *Illustrierten Zeitung* just zum Zeitpunkt von Eberts Vereidigung als Präsident brachte in der Folge eine Lawine von Verleumdungen ins Rollen. Mit einem Mal erlangte Ebert, dessen äußeres Erscheinungsbild den Deutschen bis dahin kaum bekannt war, als der Mann in der Badehose zweifelhaften Ruhm. Anfangs reagierte Ebert mit Humor, etwa als Münchner Studenten bereits wenige Tage nach dem Presscoup den Reichspräsidenten bei seinem Antrittsbesuch in Bayern begrüßten und dabei rote Badehosen schwenkten.³⁰ Indessen wurden konservative und monarchistische Kreise fortan nicht müde, das Foto zu immer neuen Schmähbildern und Karikaturen zu verarbeiten, um den Sozialdemokraten Ebert und seine Regierung in den Schmutz zu ziehen, etwa in der Postkarte »Einst und jetzt!« (Abb. 6), die das beschnittene Strandfoto mit prunkvollen Porträts des abgedankten Kaisers Wilhelm II. und des Weltkriegshelden Paul von Hindenburg kontrastiert. Der untergegangenen, glanzvollen Monarchie wurden die Repräsentanten der demokratischen Republik als würdelos, banal, ja lächerlich gegenübergestellt.³¹ Die Jagd auf den demokratischen Präsidenten war eröffnet. In über 200 Klagen wegen Verleumdung oder Beleidigung suchte sich Ebert der vielfachen Schmähungen, die das rechtsnationale Lager gegen ihn lancierte, fortan zu erwehren, bis er als zermürbter Mann im Februar 1925 im Alter von nur 54 Jahren im Amt verstarb.³²

.....

Die Modernität der Weimarer Republik bestand nicht zuletzt darin, dass wir es hier zum ersten Mal mit einer modernen Mediengesellschaft zu tun haben.

.....

Den narrativen Rahmen, das »Framing« dieser Schmähbilder bildete die »Dolchstoßlegende«, jene damals in Umlauf gebrachte Lüge also, der zufolge SPD-Politiker wie Ebert dem Vaterland im Weltkrieg durch die Organisation von Streiks in den Rücken gefallen und damit schuld an der Niederlage seien.³³ Die offenkundige Unwahrheit dieser Erzählung änderte nichts



Abb. 6: Bildpostkarte »Einst und jetzt!« (undatiert), veröffentlicht von der Deutschen Tageszeitung im September 1919

an ihrer gewaltigen Wirkung in rechtsnationalen, monarchistischen und völkischen Kreisen der Weimarer Republik. In dieser Erzählung verdichteten sich Kriegsniederlage, Revolution und Republikgründung zu einem einzigen Negativkomplex, der die junge Demokratie wieder und wieder als das Werk von Verrätern erscheinen ließ.³⁴ Vor diesem Hintergrund lautet folglich der versteckte Subtext zu dem Foto etwa so: Diese Leute, die unser Vaterland im Krieg verraten haben, stehen jetzt halbnackt grinsend an der Spitze unseres neuen Staates, dessen Würde sie mit ihrem Auftreten verhöhnen, während sie nebenbei in ihren einfachen Badehosen gegen die Gebote der Sittlichkeit an unseren Stränden verstoßen. Warum aber, so könnte man fragen, hat Ebert die Anfertigung dieses Fotos überhaupt zugelassen? Um uns dieser Frage zu nähern, müssen wir einen Blick auf die Rolle der Medien in der Weimarer Republik werfen.

Die Modernität der Weimarer Republik bestand nicht zuletzt darin, dass wir es hier zum ersten Mal mit einer modernen *Mediengesellschaft* zu tun haben. Täglich wurden zwölf Millionen Zeitungen verkauft, hinzu kamen noch acht Millionen Wochenblätter; 1932 teilten sich 3732 Tageszeitungen und 7652 Zeitschriften den Markt.³⁵



Abb. 7: Berliner Zeitungskiosk, 1928

Dabei zeichnete sich zumindest die politische Presse durch eine klare parteipolitische Positionierung aus: Kaum ein Blatt machte aus seinem politischen »Standpunkt« einen Hehl. Um die Auflagen nach oben zu treiben und die Leserinnen und Leser des eigenen Lagers an sich zu binden, setzte die Presse nur allzu gerne auf die beiden bewährten Mittel der Skandalisierung und Konfliktverschärfung.³⁵ Das eigene politische Lager wollte bedient werden – und wurde mit den genannten Mitteln auch reichlich bedient.

Mit nur wenig Übertreibung kann man sagen, dass schon die Bürgerinnen und Bürger der Weimarer Republik in medialen Filterblasen lebten. Die Republik litt also nicht an einem Mangel an Medien und Information, sie litt vielleicht nicht einmal an einem Mangel an Demokratinnen und Demokraten,³⁶ vielmehr litt sie, wie es die Historikerin Ute Daniel formuliert hat, »unter dem Mangel einer gemeinsamen politischen Sprache in der parteipolitisch fraktionierten Presselandschaft«.³⁸ Der Topos von der »Lügenpresse« war bereits auf den Plakaten der frühen Weimarer Republik in Umlauf gebracht worden und mochte damit durchaus einer subjektiven Empfindung jener verkapselten politischen Milieus und ihrer Medien entsprechen, die einander nur allzu gerne öffentlich der Lüge bezichtigten. Diese Verkapselungen erschwerten die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Sprache und die Verständigung über ein substanziell republikanisches Programm als politischer Arbeitsgrundlage der Demokratie erheblich.

Kommen wir zurück zu dem berüchtigten »Badehosen-Foto«. Hatte Friedrich Ebert nicht recht getan, als er sich unbekümmert und scheinbar volksnah bei einem Freizeitvergnügen ablichten ließ? War diese Volksnähe nicht auch Ausdruck des neuen demokratischen Selbstverständnisses? Hat er nicht, wie der Historiker Martin Sabrow meint, zu Recht auf »größtmögliche Abgrenzung von der Selbstinszenierung der gestürzten Monarchie gesetzt«?³⁹ Das mag sein. Zugleich aber ist das Foto Ausdruck eines fatalen Unverständnisses gegenüber den Dynamiken der modernen Mediengesellschaft. Ein entsprechendes Verständnis fehlte Friedrich Ebert und seiner Reichskanzlei, die in Sachen *Public Relations* naiv und zögerlich agierten, über kein entsprechend geschultes Personal verfügten und es versäumten, ein positives Bild des demokratischen Präsidenten zu lancieren.⁴⁰ Ein solches Verständnis fehlte wohl aber auch den Reichsregierungen und Ministerien der Jahre 1919 bis 1932, die es weitgehend den Medien überließen, welche Narrative und Bildpolitiken sie in Szene setzten.

ben, hinter denen sich Republikanerinnen und Republikaner aller politischer Lager künftig versammeln sollten. 1922 bestimmte Friedrich Ebert das Deutschlandlied als neue Hymne, während für Fragen der republikanischen Selbstdarstellung das Amt eines »Reichskunstwarts« geschaffen wurde, der u.a. den Reichsadler seiner monarchischen Hoheitszeichen entkleiden ließ und alljährlich am 11. August groß inszenierte Verfassungsfeiern organisierte. Versuche allerdings, diesen Tag der Verabschiedung der Reichsverfassung zum Feiertag zu erklären, scheiterten ebenso wie die konsequente Durchsetzung der Farben Schwarz-Rot-Gold.

Während die Republik also im Bereich der traditionellen Staatssymbolik durchaus deutliche Akzente setzte, gelang es ihr kaum, den in den Medien gepflegten Techniken der Konfliktverschärfung und kampagnenartigen Skandalisierung adäquat zu begegnen; gegen die expressiven Bildpolitiken ihrer Gegner mussten Symbole wie die Nationalfarben oder der republikanisierte Reichsadler mit einem Mal blass und kraftlos wirken.⁴² Die radikalen Ränder des politischen Spektrums setzten nämlich auf die avanciertesten, besonders wirkmächtigen Methoden und Bildsprachen wie etwa die damals brandneue Technik der Fotomontage, als deren bedeutendster Vertreter im deutschsprachigen Raum John Heartfield mit seinen berühmten Montagen für die »Arbeiter-Illustrierte Zeitung« gilt.⁴³ Der Wahrheits- und Medienkrise, in der die junge Republik von Beginn an gefangen war, hatte die junge Demokratie jedenfalls wenig entgegenzusetzen. Die »Selbstpreisgabe der Republik«, von der die Forschung und die Geschichtslehrbücher so gern gesprochen haben,⁴⁴ sie war nicht zuletzt eine kommunikative Selbstpreisgabe.

Unsere erste Lektion, *die Kommunikationslektion*, könnte daher wie folgt lauten:

Eine demokratische Ordnung braucht, zumal wenn sie neu und noch umkämpft ist, eine professionelle Kommunikation. Zu ihr gehört das wache Bewusstsein für die Dynamiken der modernen Mediengesellschaft samt ihrer zuweilen toxischen Rahmenerzählungen. Im Interesse ihres eigenen Überlebens sind die Vertreter der demokratischen Ordnung gut beraten, ein inklusives, lagerübergreifendes demokratisches Narrativ zu entwickeln und aktiv dafür Sorge zu tragen, dass Hass, Lüge und Hetze der Boden entzogen und so der Krise der Wahrheit entgegengewirkt wird.

2.2 Die klassische Lektion: Die rutschige Bahn in den autoritären Staat

In der Geschichte gibt es schwarze Tage. Der 27. März 1930 war ein solcher schwarzer Tag. An diesem Tag reichte ein völlig entnervter Reichskanzler, der Sozialdemokrat Hermann Müller, bei Reichspräsident Paul von Hindenburg seinen Rücktritt ein. Die von Müller seit 1928 geführte Große Koalition hatte sich nämlich nicht darauf einigen können, auf welche Weise die ins Trudeln geratene Arbeitslosenversicherung saniert werden könne: Durch Erhöhung der Versicherungsbeiträge um einen halben Prozentpunkt? Dies lehnte die mitregierende Deutsche Volkspartei, die Partei der Industrie und des Unternehmertums, ab. Durch eine Absenkung der Leistungen? Das war mit den regierenden Sozialdemokraten nicht zu machen. Durch eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer? Dagegen hatte sich die mitregierende Bayerische Volkspartei schon vorher verwahrt. Als alle erdenklichen Kompromissvorschläge am Veto einer der Regierungsfractionen gescheitert waren, war auch die Große Koalition gescheitert.⁴⁵

Schon drei Tage nach Müllers Rücktritt bestellte Reichspräsident von Hindenburg den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum neuen Reichskanzler. Dieser regierte fortan mit einem bürgerlichen Kabinett der rechten Mit-



Abb. 9: Reichskanzler Hermann Müller (1928–1930) und Adolf Hitler (1933–1945)

te. Was der Großen Koalition nicht gelungen war, nämlich die Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, gelang nun fast mühelos – nun sogar um einen ganzen Prozentpunkt auf 4,5 Prozent des Arbeitslohns. Der Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf den Sturz Hermann Müllers: Nur vordergründig ging es dabei um die Frage der Lastenverteilung bei der Sanierung der Finanzen; ausschlaggebend war vielmehr, dass nationale Kreise in der Deutschen Volkspartei, in der Großindustrie und um den Reichspräsidenten einen Grund suchten, um die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen. Als aber der Reichstag am 16. Juli 1930 den Regierungsentwurf für eine neue Kopfsteuer ablehnte, passierte etwas Eigentümliches: Der Kanzler erklärte, dass er auf eine Fortführung der parlamentarischen Debatte keinen Wert mehr lege.⁴⁶ Stattdessen setzte er seine steuerpolitischen Pläne kurzerhand in Form zweier »Notverordnungen« des Reichspräsidenten in Kraft.

Nach Artikel 48 der Reichsverfassung konnte der Reichspräsident im Falle einer »erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« – so der Wortlaut des Artikels – sogenannte Notverordnungen erlassen, d. h. er konnte ohne Parlamentsbeschluss Maßnahmen durchsetzen, die an die Stelle parlamentarisch beschlossener Gesetze traten. Sofort machte der solchermaßen übergangene Reichstag von seinem ebenfalls im Artikel 48 der Verfassung verbrieften Recht Gebrauch, die beiden Notverordnungen wieder aufzuheben. Daraufhin löste Reichspräsident Hindenburg nach Artikel 25 der Weimarer Verfassung den Reichstag auf und begründete dies mit der eben erfolgten Aufhebung der Notverordnungen.⁴⁷ In diesem Wechselspiel zeigt sich die Blockade des politischen Systems von Weimar wie in einem Brennglas.

Die nun erforderlichen Reichstagswahlen vom 14. September 1930 waren das zweite markante Datum in diesem Wendejahr. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die für die Nationalsozialisten stimmten, schnellte von zuvor 2,6 Prozent auf nunmehr unfassbare 18 Prozent empor: 6,4 Millionen Deutsche hatten für Hitler gestimmt. Auch die Kommunisten konnten ihren Stimmenanteil deutlich verbessern. Dieser dramatische Wahlausgang brauchte Kanzler Heinrich Brüning allerdings nicht weiter zu kümmern. Denn zum Regieren brauchte er den Reichstag nicht mehr, weil er fortan auf das Instrument der präsidentialen Notverordnungen setzte. Die folgende Übersicht zeigt, wie in den Jahren 1930 bis 1932 die gesetzgeberische Kompetenz des Reichstags nach und nach durch die Praxis präsidentialer Notverordnungen ersetzt wurde:

	1930	1931	1932
Vom Reichstag beschlossene Gesetze	98	34	5
Präsidiale Notverordnungen	5	44	60
Sitzungstage des Reichstages	94	41	13

Nach: Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985, S. 192

Brünings Position als Reichskanzler hing nun einzig vom Vertrauen des Reichspräsidenten und davon ab, dass die Sozialdemokraten nach einer »Logik des kleineren Übels« (Heinrich August Winkler) seine Regierung »tolerierten«: Da sie Brüning in der Tat für das kleinere aller denkbaren Übel hielten und zudem im Falle abermaliger Neuwahlen mit einem weiteren Ruck nach rechts rechnen mussten, verzichteten sie darauf, den Kanzler über ein Misstrauensvotum zu Fall zu bringen und blieben bis zu Brünings Sturz am 30. Mai 1932 bei ihrer »Tolerierungspolitik«. Die beiden Kanzler, die auf Brüning folgten, Franz von Papen und Kurt von Schleicher, führten zwischen Sommer 1932 und dem 30. Januar 1933 das autoritäre Präsidialregime in einer verschärften, nunmehr gezielt gegen das Parlament gerichteten Form fort.

Die maximal populistische Aufwiegelung des Wahlvolks war eine mittelbare Folge des autoritären Regiments.

Einen spektakulären Höhepunkt erreichte dieser neue Autoritarismus am 20. Juli 1932, als Brünings Nachfolger Franz von Papen den Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg verhängen ließ, den Ministerpräsidenten von Preußen, Otto Braun, der seit einer verheerenden Wahlniederlage im April 1932 nur noch geschäftsführend regierte, mitsamt seiner Regierung absetzte und sich selbst zum »Reichskommissar« in Preußen ernannte.⁴⁸ Dies geschah auf der Grundlage einer Notverordnung »über die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen«, die Reichspräsident von Hindenburg wenige Tage zuvor dem Kanzler zur Verfügung gestellt hatte. Auch die gesamte Berliner Polizeispitze wurde in

»Schutzhaft« genommen. Die verfassungsmäßigen Rechte der Regierung des größten und zudem demokratisch regierten Bundeslandes waren von der amtierenden Reichsregierung selbst mit Füßen getreten worden.

Der Preis des Versuchs, die Polykrise der Jahre 1930 bis 1933 auf autoritärem Weg zu bewältigen, war beträchtlich. Denn so gewöhnten sich die Deutschen in den bitteren Jahren der Weltwirtschaftskrise daran, autoritär regiert zu werden. Weil unter den Bedingungen des Notverordnungsregimes der parlamentarische Zwang zum Kompromiss bei der Gesetzgebung und Regierungsbildung entfiel, sahen die um Stimmen ringenden Parteien nach dem Ausfall des Parlamentarismus kaum noch einen Grund, der fortschreitenden Radikalisierung des politischen Diskurses Einhalt zu gebieten. Gerade in der stark fragmentierten politischen Kultur der Weimarer Republik hatte die von Symbolen, Ritualen und anderen parlamentarischen Praktiken gerahmte parlamentarische Arbeit im Reichstag den Abgeordneten unterschiedlicher politischer Lager noch reichlich Gelegenheiten zur persönlichen, auch informellen Kommunikation geboten und damit immer auch die Chance zur parlamentarischen Integration und Kompromissbildung.⁴⁹ Diese Chance war zwar bereits durch die parlamentarische Obstruktionspolitik der extremen Parteien seit 1928 im Schwinden begriffen, entfiel nun aber mit Brüning's Übergang vom parlamentarischen zum autoritären Präsidialregime gänzlich.

Vor dem Hintergrund des Elends der Weltwirtschaftskrise und der berüchtigten Sparpolitik des »Hungerkanzlers« Brüning war die maximal populistische Aufwiegelung des Wahlvolks eine mittelbare Folge des autoritären Regiments – keine der politischen Parteien musste sich mehr die Frage stellen, ob ihre politischen Forderungen im Reichstag eine Mehrheit finden könnten. Thomas Mann hatte den Wahlkampf vom Spätsommer 1930 im Blick, als er in seinem »Appell an die Vernunft« im Beethovensaal zu Berlin am 17. Oktober 1930 von einer »Politik im Groteskstil mit Heilsarmee-Allüren, Massenkrampf, Budengeläut, Halleluja und derwischmäßigem Wiederholen monotoner Schlagworte, bis alles Schaum vor dem Munde hat« sprach. »Politik«, so Mann weiter, »wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz.«⁵⁰ Viele Historiker haben argumentiert, nicht der 30. Januar 1933, als Adolf Hitler an die Macht kam, sei das eigentliche Ende der Republik gewesen; vielmehr habe bereits der Übergang zum autoritären Notverordnungsregime im Sommer 1930 das Ende – oder genauer: den »Kipppunkt«⁵¹

der ersten deutschen Demokratie – gebildet. Zumindest war er der Anfang vom Ende.

Die *klassische* Lektion, die Historikerinnen und Historiker schon seit Generationen beschäftigt, lautet also:

Es hat einen hohen Preis, wenn wir das Parlament als zentralen Ort demokratischer Kompromiss- und Entscheidungsfindung schwächen oder gar weitgehend ausschalten.⁵² Denn die Bahn in den autoritären Staat und darüber hinaus zur Diktatur ist abschüssig und glitschig.

2.3 Politische Gewalt: Wenn Worte zu Taten werden

Politische Gewalt begleitete die Weimarer Republik von Anfang bis Ende. Sie kam und ging in Wellen. Sie wurde ausgeübt von radikalisierten gewaltbereiten jungen Männern, von militanten Wehrverbänden und sogenannten Freikorps, von fanatischen Einzeltätern, aber auch von der Staatsgewalt. Die Dynamik der Gewalt zeigte sich bereits erschreckend in der Revolution von 1918/19, als an Weihnachten 1918 die Regierung in Berlin auf revoltierende Arbeiter schießen ließ; bereits im Januar 1919 wurden die prominentesten Revolutionäre, die Spartakistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von einem Mordkommando aus ehemaligen Marinesoldaten schwer misshandelt und erschossen. Wie ein steter Schatten lag die in der revolutionären Gründungsphase der Republik eskalierende Gewalt über der kurzen Geschichte der ersten deutschen Demokratie. So gehörte neben der »Dolchstoßlegende« auch die insbesondere von den Kommunisten gepflegte Erzählung, die Sozialdemokratie habe in der Revolution die Arbeiterschaft verraten, zu jenen toxischen Narrativen, die die Republik an den Rändern des politischen Spektrums um ihren Kredit brachte. Noch im Jahr 1921 hatte der Ökonom Emil Lederer, Professor für Sozialpolitik an der Universität Heidelberg, die Prognose gewagt, »dass sich politische Gewalt überlebt hat. Sie war eine Form in der feudalen und frühkapitalistischen Welt, um Neuverteilungen der gesellschaftlichen Gewichte zu bewirken, aber ihre Zeit ist vorbei.«⁵³ Lederers Optimismus gründete auf der einfachen Überlegung, es gehöre zu den Kennzeichen der nunmehr errungenen Herrschaftsform der Demokratie, dass gesellschaftliche Veränderungen und der politische Wechsel an der Regierung grundsätzlich gewaltfrei in geregelten Verfahren erfolgen. Lederer hatte sich getäuscht.

Vor allem in der Frühphase der Republik erschütterten Putschversuche, Aufstände und politische Attentate – ein »punktueller Bürgerkrieg« (Dirk Schumann) – die junge Demokratie. Am 21. Februar 1919 erschoss ein junger Leutnant in München den Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der sich gerade auf den Weg zum Landtag begeben hatte, um dort seinen Rücktritt zu erklären. Am 26. August 1921 erlag der ehemalige Reichsfinanzminister und führende Zentrumspolitiker Matthias Erzberger bei einem Spaziergang im Schwarzwald den Schüssen zweier Attentäter, die der rechtsterroristischen »Organisation Consul« angehörten. Demselben Terrorkommando entstammten auch jene drei jungen Männer, die am Vormittag des 24. Juni 1922 den amtierenden Reichsaußenminister Walther Rathenau in Berlin auf seiner Fahrt ins Auswärtige Amt erschossen. Jedes dieser Attentate rief große Menschenmengen auf den Plan, die in Massendemonstrationen gegen die Praxis des »Hinrichtens« von Spitzenpolitikern und die damit intendierte Destabilisierung der Republik auf die Straße gingen – wobei es auch hier zu vereinzelt Gewalttaten und Versuchen der Selbstjustiz kam.⁵⁴ Dabei bildeten die genannten Morde nur die Spitze des Eisbergs. Der Heidelberger Statistiker Emil Julius Gumbel bilanzierte in seinem Werk *Vier Jahre politischer Mord* für die Jahre 1919–1922 insgesamt 376 politische Morde; 354 davon gingen auf das Konto rechtsextremistischer Täter.⁵⁵



Abb. 10a–c: Kurt Eisner (1867–1919), Matthias Erzberger (1875–1921), Walther Rathenau (1867–1922)

Während sich die Gewaltbereitschaft in den frühen Jahren der Republik prominent in Form von Attentaten, Aufständen und Putschversuchen Bahn brach, verlagerte sie sich in späterer Zeit stärker auf die offene Straße: Nach einer ruhigeren Phase während der mittleren 1920er Jahre nahm die Gewalt ab 1928 wieder deutlich zu. Zunächst hatte sich in Schleswig-Holstein der anfangs noch friedliche Bauernprotest gegen den Preisverfall bei den Agrarprodukten in Form vereinzelter Bombenanschläge radikalisiert, die die Landvolkbewegung 1928/29 gegen Landrats- und Finanzämter verübte. Gegen Ende der 1920er Jahre trat indessen die erhebliche Gewaltbereitschaft der Nationalsozialisten bzw. deren »Sturmabteilung« (SA) auf der einen und militanten Kommunisten bzw. dem »Rotfrontkämpferbund« auf der anderen Seite immer deutlicher zutage, die einander sowohl auf offener Straße als auch in Saalschlachten befehdeten. Diese Gewalt hat die Forschung vor allem als einen »Kampf um öffentliches Terrain und Symbole« interpretiert, »der häufig ritualisierte Züge annahm und durch einen begrenzten Mitteleinsatz charakterisiert war«⁵⁶ – und sich genau darin von einem wirklichen Bürgerkrieg unterschied. Doch bestanden diese »Mittel« eben aus manifesten Gewalthandlungen, denen nicht nur zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, sondern die vor allem in der bürgerlichen Öffentlichkeit eine fatale Bürgerkriegshysterie auslösten. Ein prominentes Beispiel hierfür bilden die Gewaltexzesse in Berlin Anfang Mai 1929, die unter dem Begriff »Blutmai« in die Geschichtsbücher eingegangen sind.⁵⁷

Bereits Ende 1928 hatte Berlins Polizeipräsident Karl Zörgiebel, ein Sozialdemokrat, aufgrund mehrerer gewalttätiger Ausschreitungen ein Verbot von Versammlungen und Demonstrationen im Freien erlassen, das er, zur Empörung insbesondere der Kommunisten, auch am traditionellen Festtag der Arbeiterklasse, dem 1. Mai 1929, aufrechterhielt. Nachdem Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes schon am 30. April mehrfach Berliner Verkehrspolizisten überfallen hatten, sah sich der Polizeipräsident in seiner harten Haltung bestätigt, während die KPD ungeachtet des Demonstrationsverbotes für den 1. Mai unter dem Motto »Die Straße frei dem Proletariat!« zu Massendemonstrationen aufrief. Mit Enttäuschung musste die Partei allerdings zur Kenntnis nehmen, dass am Vormittag des 1. Mai statt der erwarteten proletarischen Massen nur etwa 8000 Menschen ihrem Aufruf gefolgt waren und in kleinen Gruppen auf den Straßen Berlins demonstrierten. Die Polizei löste die Demonstrationen mit Schlagstöcken auf. Als aber auch am Mittag die Demonstrationen, an denen sich keineswegs nur Kommunisten, sondern vor allem sozial deklassierte Menschen aus den

»lumpenproletarischen« Milieus im Wedding und in Neukölln beteiligten, nicht abreißen wollten, als die Polizisten beschimpft, Hindernisse auf die Straßen geworfen und vereinzelt Barrikaden errichtet wurden, eskalierte die Situation weiter. Nun ging die Polizei gewaltsam gegen Demonstranten wie Zuschauer gleichermaßen vor, setzte »Spritzkommandos« und Panzerwagen ein und veranstaltete, wie die Frankfurter Zeitung berichtete, im Berliner Stadtteil Neukölln regelrechte Treibjagden. Am Nachmittag setzte sie erstmals gepanzerte Fahrzeuge mit Maschinengewehren ein und nahm im Berliner Wedding und in Neukölln ganze Wohngebäude unter Beschuss, an denen die rote Fahne hing; eine Reihe von Todesopfern und Verletzten auch unter gänzlich Unbeteiligten waren die Folge. Während sich die sozialdemokratische und kommunistische Presse gegenseitig der »Blutschuld« bezichtigte, folgten am 2. Mai 1929 mehrere tausend Menschen dem Aufruf der KPD zu einem Massenstreik, bei dem es erneut zu zahlreichen Festnahmen kam. Als auch am 3. Mai die Kämpfe andauerten, verhängte Zörgiebel, der in *Babylon Berlin* manch prominenten Auftritt hat, ein nächtliches »Verkehrs- und Lichtverbot«: Während einer strengen Ausgangssperre durften Fenster auf der Straßenseite nicht beleuchtet werden, der Verkehr musste in den umkämpften Straßenzügen ruhen.



Abb. 11: Polizeieinsatz am Hermannplatz in Berlin-Neukölln, 1. Mai 1929

Die Bilanz des »Berliner Blutmai« – der Begriff wurde von der Publizistik der KPD geprägt – war bitter: 33 Tote, 198 Verletzte, 1228 Festgenommene, von denen nur jeder zehnte einer kommunistischen Organisation angehörte.⁵⁸ 11000 Schüsse hatte die Berliner Polizei verfeuert. Reichsinnenminister Carl Severing erließ ein reichsweites Verbot des Rotfrontkämpferbundes, des militanten Arms der KPD; im Reichstag kam es zu einer erregten Debatte, die in Tumulten endete.⁵⁹ Die unmittelbar folgende politische Aufarbeitung der Ereignisse hat deutlich gemacht, dass der »Blutmai« zwar von der KPD initiiert worden, sein Verlauf jedoch der Kontrolle der Partei von Anfang an entglitten war. Die Polizeiführung hingegen hatte sich von der martialischen Rhetorik der Partei im Vorfeld des Geschehens offenbar beeindrucken lassen und die Beamten durch eine zweiwöchige Kasernierung regelrecht »heiß« gemacht, die dann in Verkennung der tatsächlichen Lage eine maßlose Eskalation der Gewalt betrieben haben. Wohl unter dem Eindruck der Bürgerkriegsrhetorik der KPD hatte die Polizeiführung ernsthaft mit einem kommunistischen Aufstand gerechnet und in den besagten Maitagen bewusst ein blutiges Exempel statuiert.

Der »Berliner Blutmai« von 1929 steht einmal mehr für die vom Verratsnarrativ genährte Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik. In der Tat trugen für den Polizeieinsatz prominente Sozialdemokraten die Verantwortung. Der KPD lieferten die Ereignisse somit das passende Anschauungsmaterial, mit dem sie seit ihrem 12. Parteitag vom 9. bis 16. Juni 1929 die sozialdemokratische Konkurrenz als »Sozialfaschisten« diffamieren und damit die Spaltung der Arbeiterbewegung auf fatale Weise zementieren konnte: Die Kommunisten sahen in den Maiereignissen die Vorboten einer unmittelbar revolutionären Situation und einen Anlass, ihr Gewaltpotenzial zu reorganisieren.⁶⁰ Heute gelten die Berliner Maiereignisse, an denen Babylon Berlin immerhin den Plot seiner ersten Staffel festmacht, als ein markantes Beispiel für die Dynamiken politischer Gewalt in der Weimarer Republik. Sie sind aber auch ein Beleg dafür, dass sich die Republik durchaus »wehrhaft« zeigte, wenngleich sie sich in diesem Fall in der Wahl der Mittel offenkundig vergriffen hat.

Denn der jungen Demokratie stand durchaus ein Instrumentarium zur Eindämmung der Gewalt zur Verfügung, etwa mit dem »Gesetz zum Schutz der Republik«,⁶¹ das der Deutsche Reichstag 1922 in unmittelbarer Reaktion auf den Mord an Walther Rathenau erlassen hatte. 1924 folgte der Aufbau des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« als einer prorepublikanischen

Schutzwehr,⁶² während die Republik mit vorübergehenden Verboten der SA als besonders gewalttätiger Schlägertruppe⁶³ zwischen 1923 und 1925 sowie erneut im Frühjahr 1932 ihre Zähne zeigte. Wie wirksam ein solches Verbot sein konnte, lässt sich insbesondere am zweiten SA-Verbot zeigen: In den acht Wochen, in denen die nationalsozialistische Kampf- und Terrororganisation zwischen 13. April und 14. Juni 1932 zum zweiten Mal verboten worden war, verzeichnete die Statistik einen signifikanten Rückgang der politischen Gewalttaten – und dies in der aufgeheizten Stimmung des Jahres 1932. Unmittelbar nach Aufhebung des Verbots ist die Häufigkeit und Intensität der Gewalt wieder stark anstiegen, so dass der Sommer 1932, der politisch ganz im Zeichen der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 stand, als der blutigste in die Annalen der Weimarer Republik eingehen sollte.⁶⁴

Welches waren nun die Gründe für die grassierende politische Gewalt? Die landläufige, in ihrem Gewicht aber längst relativierte⁶⁵ Erklärung lautet erstens: Der Erste Weltkrieg war eine »Maschine zur Brutalisierung der Welt« (Eric Hobsbawm).⁶⁶ In der Tat hatte der Krieg eine Tendenz zur Verrohung und Enthemmung, ein generelles Freund-Feind-Denken sowie einen Kult der Maskulinität ausgelöst, der den Weltkrieg als latenten Bürgerkrieg im Inneren fortleben ließ und alle gewaltbereiten Lager des politischen Spektrums, keineswegs aber die Mehrheit der ehemaligen Frontsoldaten miteinander verband.⁶⁷ In einer ebenfalls umstrittenen These hebt eine zweite Erklärung auf die bereits erwähnte »Gründungsgewalt« (Mark Jones) ab, also die vor allem staatliche Gewaltausübung während der Revolution 1918/19.⁶⁸ Von einer solchen »Gründungsgewalt« kann allerdings nur im Blick auf Zentren wie Berlin und München die Rede sein, nicht aber im Blick auf die Republik überhaupt.⁶⁹ Diese Gewalt fand ihre Fortsetzung in den Handlungen einer »Ordnungskoalition« (Eric Weitz) aus staatlicher Bürokratie, Militär und Polizei, die – jedenfalls nach heutigen Maßstäben – oftmals nicht auf Deeskalation, sondern, wie das Beispiel des Berliner »Blutmai« zeigt, auf den Einsatz massiver staatlicher Gewalt setzte. Bei den Attentaten auf die Exponenten der Republik spielten drittens terroristische Geheimbünde wie die radikalnationalistische »Organisation Consul« eine entscheidende Rolle, in denen entlassene Soldaten und deklassierte Bürgersöhne ebenso heimlich wie generalstabsmäßig Mordtaten planten wie ausführten und in ihrem Treiben von der Justiz geduldet wurden.⁷⁰ Viertens traten bei den eskalierenden Demonstrationen paramilitärische, jederzeit gewaltbereite Massenverbände hervor, etwa die sogenannten Freikorps und Bürgerwehren in der Frühzeit, dann aber vor allem der »Stahlhelm«, die nationalsozi-

alistische »Sturmabteilung« (SA) und bis 1929 der »Rotfrontkämpferbund« der Kommunisten in der mittleren und Spätphase der Republik. Hinter alledem stand fünftens die fundamentale, von allerlei Lügen und Mythen getriebene Ablehnung der neuen, demokratischen Ordnung, die trotz aller Wehrhaftigkeit von monarchistischen, völkischen und radikalnationalistischen Kreisen als schwächlich, kompromisslerisch und »undeutsch« verachtet wurde. Sechstens wurden die Gewalttaten semantisch gerahmt und legitimiert durch eine hemmungslose Sprache der Gewalt, die in Teilen der extremen Linken wie vor allem im rechtsnationalen Milieu gepflegt wurde. Während einzelne Delegierte auf dem Gründungsparteitag der KPD zum Jahreswechsel 1918/19 dazu aufriefen, führende Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert oder Philipp Scheidemann »aufzuknüpfen« und das Parteiorgan »Rote Fahne« immer wieder eine Rhetorik des Bürgerkrieges pflegte, so war doch das Gewaltpotenzial am anderen Ende des politischen Spektrums schwer zu überbieten. Beispielsweise wurde in der rechten Szene der frühen Republik folgendes »Hakenkreuzlied« gesungen:

Du tapf'rer Held, du schoßt den Gareis⁷¹ nieder,
Du brachtest allen uns Befreiung wieder
von einem saubern Sozihund.
Welch Licht in unserer Trauerstund!

Auch Rathenau, der Walther,
erreicht kein hohes Alter.
Die Rache, die ist nah!
Hurra! Hurra! Hurra!

Laßt uns froh und munter sein,
Schlagt dem Wirth⁷² den Schädel ein.
Lustig, lustig, trallerallala,
Bald ist Wilhelm wieder da.

Wenn einst der Kaiser kommen wird,
Schlagen wir zum Krüppel Dr. Wirth,
Knallen die Gewehre tack, tack, tack
Aufs schwarze und das rote Pack.

Haut immer feste auf den Wirth!
Haut seinen Schädel, daß es klirrt.
Knallt ab den Walther Rathenau,
Die gottverfluchte Judensau.⁷³

Zu solchen unverhüllten Aufrufen zum Mord, die in dieser Konkrektion sicherlich die Ausnahme blieben, trat vielfach eine Bildsprache, die sich eines ganzen Repertoires gewaltsamer Motive bediente und damit auf mehr oder weniger verklausulierte Weise ebenfalls zur Anwendung von Gewalt aufrief. Die drei folgenden Beispiele aus der frühen, mittleren und Spätzeit der Republik mögen dies illustrieren:



Abb. 12: »Wählt Spartakus«, Plakatlithografie von Karl Jakob Hirsch, 1920

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verleger: Die Redaktion, Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock. Druck: Die Redaktion, Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock. Preis: 10 Pf. (Postzusatz 1 Pf.)

Redaktion: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. Stock. Telefon: 20 20 20. Telegramm: 20 20 20. Postfach: 20 20 20.



Abb. 13: Titelseite der »Roten Fahne« vom 20. Mai 1928, Grafik von John Heartfield



Abb. 14: »Haut sie zusammen!« Plakatgrafik von Hans Herbert Schweitzer, 1930

Alle drei Grafiken dienten als Wahlpropaganda im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1920, 1928 und 1930 und legen in diesem Zusammenhang zunächst eine metaphorische Deutung nahe: Sie rufen dazu auf, den politischen Gegner an der Wahlurne zu »schlagen«. Einschlägig ideologisierte Betrachter mochten die Graphiken in ihrem evidenten Gewaltpotenzial, das die Zerstörung des politischen Gegners in aller Deutlichkeit vor Augen führt, allerdings sehr wohl als klare Appelle zur Ausübung physischer Gewalt an bestimmten Personen oder Personengruppen verstehen. Den institutionalisierten Verfahren der demokratischen Wahl und parlamentarischen Deliberation, die in geschlossenen Räumen klar definierten Regeln gehorchen, stellt diese Form der Gewaltpropaganda den offenen Raum der

Straße, eine von latenter oder manifester Gewalt bestimmte *Straßenpolitik* gegenüber. Insofern erteilen die Graphiken der parlamentarischen Demokratie, in deren Kontext sie sich eigentlich stellen, eine unmissverständliche Absage.⁷⁴

.....

In Wort und Bild rahmte eine Sprache der Gewalt das politische Geschehen der Weimarer Republik.

.....

In Wort und Bild rahmte also eine Sprache der Gewalt das politische Geschehen der Weimarer Republik. Dass es einen Zusammenhang zwischen der Sprache und der Praxis der Gewalt gebe, wurde bereits zeitgenössisch vielfach festgestellt. Auch die historische Forschung sieht diesen Zusammenhang, auch wenn er sich nicht wirklich beweisen lässt und die symbolische Rahmung des Gewaltgeschehens stets nur ein Faktor der Stimulierung von Gewalt unter vielen war.⁷⁵ Festzuhalten bleibt, dass gerade den Morden an Erzberger und Rathenau eine hemmungslose Hetze vorausgegangen war, die vor dem unverhohlenen Aufruf zur Tat nicht zurückschreckte. Diese Sprache war wiederum bestimmt von einem siebten Gewaltfaktor, nämlich jenen totalitären Erlösungsideologien, die vor der Folie des Elends der Gegenwart den Anbruch einer neuen, ganz anderen und viel besseren Zeit verkündeten. Dabei empfahlen sie Gewalt nicht nur als deren unvermeidlichen Geburtshelfer, sondern in Gestalt »autotelischer Gewalt« sogar als Inhalt von Politik überhaupt.⁷⁶ Bei den Extremisten senkte dies die Schwelle zur Gewaltausübung offenbar erheblich. In der politischen Mitte aber schürte die Gewaltpropaganda beständig die Angst vor dem Bürgerkrieg. Und sie beförderte nicht zuletzt den Ruf nach dem starken Mann.⁷⁷

Die *aktuelle* Lektion können wir daher wie folgt formulieren:

Die Sprache der Gewalt schafft den Rahmen und bereitet den Boden für die Praxis der Gewalt. Auf Worte und Bilder folgen Taten. Hat sich Gewalt als politische Praxis einmal etabliert, neigen Demokratien zur autoritären Verformung.

2.4 Die Vertrauenslektion: Wie man eine Gesellschaft zerrüttet

Während im Herbst 1923 Kinder aus Bündeln von überdimensionierten Geldscheinen Pyramiden bauten, heizten andere damit ihren Herd. Mit wohligem Gruseln erzählen uns Geschichtsbücher bis zum heutigen Tag von der Preisexplosion des Jahres 1923, als ein Pfund Butter 168 Millionen Mark und ein Paar Schuhe 3,5 Billionen Mark kosteten. Über hundert Druckereien waren im Herbst 1923 damit beschäftigt, immer wertlosere Geldscheine zu drucken. Wie konnte es dazu kommen?

Ein entscheidender Grund für die bereits während des Krieges langsam einsetzende, spätestens ab 1923 indessen galoppierende Geldentwertung liegt in der Art und Weise, wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg finanziert hat.⁷⁸ Dies geschah nämlich weitgehend auf Pump: Viel stärker als etwa Großbritannien oder Frankreich, die zur Finanzierung des Krieges Auslandskredite vor allem bei den USA aufnahmen, verschuldete sich Deutschland »nach innen«, d.h. bei inländischen Unternehmen wie auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Dies geschah durch die Ausgabe sogenannter »Darlehenskassenscheine« und »Reichsschatzanweisungen«, die den riesigen Kreditbedarf von Wirtschaft, Kommunen und Staat einstweilen befriedigten und wegen ihrer kurzen Laufzeit eine rasch ansteigende »schwebende Schuld« des Reiches aufbauten. Um diese zu bedienen, gab die Reichsbank, begleitet von Wellen patriotischer Propaganda (Abb. 16), »Kriegsanleihen« mit mehrjähriger Laufzeit aus, die die Bürgerinnen und Bürger eifrig zeichneten, in der Hoffnung, nach einem deutschen Sieg den Wert der Anleihe zuzüglich einer ordentlichen Rendite zurückzuerhalten. In der Praxis lief das auf eine gewaltige Ausweitung der Geldmenge hinaus.

Um all dies zu ermöglichen, wurden die Deckungsvorschriften für die Mark bereits zu Kriegsbeginn deutlich aufgeweicht. Anfang August 1914 hatte der Deutsche Reichstag die Verpflichtung des Reiches, die umlaufenden Banknoten zu einem Drittel durch Goldreserven zu decken, per Gesetz weitgehend aufgehoben und damit dem Reich die Chance eröffnet, die umlaufende Geldmenge durch Anwerfen der Notenpresse drastisch zu erhöhen, was in der Folge auch geschah: Zwischen 1914 und 1918 hatte sich der Umlauf an Banknoten etwa versechsfacht, was technisch nicht zuletzt durch die Umstellung von Münz- auf Papiergeld ermöglicht wurde.⁷⁹



Abb. 15: Kinder spielen mit Bündeln von Geldscheinen, 15.11.1923



Abb. 16: »Helft uns siegen! Zeichnet die Kriegsanleihe«. Plakatgrafik von Fritz Erlor, 1917

Da zudem alle verfügbaren Ressourcen für die Bedürfnisse des Krieges mobilisiert und Einfuhren durch die von den Alliierten verhängte, völkerrechtswidrige Seeblockade weitgehend verhindert wurden, setzte während des Krieges eine dramatische Verknappung an Lebensmitteln und Konsumgütern ein, die wegen der gleichzeitigen Ausweitung der Geldmenge bereits zu einer dramatischen Inflation hätte führen müssen. Um Preissteigerungen zu verhindern, hatte die Regierung indessen die Preise für immer mehr Güter gesetzlich gedeckelt, damit aber die Geldentwertung, die faktisch längst eingesetzt hatte, nur verschleiert und einen blühenden Schwarzmarkt befeuert. Als nach dem Krieg die Preiskontrollen sukzessive aufgehoben wurden, schnellten Preise bei den nicht rationierten Gütern um das Zwölfwache gegenüber dem Stand vor dem Krieg nach oben: Nun bildeten sie das knappe Angebot ab.⁸⁰ Wegen der dramatischen Abwertung der Mark verteuerten sich auch nach Aufhebung der Seeblockade, die nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags im Sommer 1919 erfolgte, die dringend notwendigen Importe insbesondere von Lebensmitteln erheblich – was die Inflation weiter anheizte und zu Hungersnöten führte.

Infolge des Krieges waren die *nominalen* Schulden des Reiches bis März 1919 auf die unvorstellbare Summe von 156 Milliarden Mark angewachsen – etwa das Dreifache des gesamten Volkseinkommens von 1913; die *realen* Schulden des Reiches lagen hingegen aufgrund der längst in Gang gesetzten inneren Abwertung der Währung weitaus niedriger.⁸¹ Gleichwohl nahm die Gesamtschuldenlast der öffentlichen Hand weiter zu. Die Demobilisierung, die Umstellung auf Friedenswirtschaft, die Wiederherstellung der Infrastruktur, die Reparationsleistungen an die alliierten Siegermächte und schließlich auch die neuen, gleichwohl kümmerlichen Sozialleistungen für 800.000 Kriegsverwundete, 533.000 Kriegerwitwen und 1,2 Millionen Kriegswaisen – dies alles kostete so viel Geld, dass nur noch ein Bruchteil der Ausgaben des Reichs durch laufende Einnahmen gedeckt war – 1920 waren es immerhin noch 30 Prozent gewesen.⁸² Die permanente Aufnahme neuer Schulden war begleitet von »exzessiven Defiziten im Reichshaushalt« (Hans-Peter Ullmann), die sich als wichtiger Treiber der Inflation erweisen sollten.⁸³

Außenpolitische Krisen verschärfen die Problematik. Nachdem die Alliierten im Frühjahr 1921 im »Londoner Ultimatum« die Höhe der von Deutschland zu leistenden Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt hatten und damit jährliche Reparationszahlungen in Höhe von ca. zehn Prozent des Volkseinkommens fällig wurden⁸⁴, verfolgten die Hoffnungen

auf eine Stabilisierung, und der Verfall der Währung nahm wieder an Fahrt auf: Von nun an wurden die Schulden der öffentlichen Hand politisiert und skandalisiert. Um ihren Reparationsforderungen Nachdruck zu verleihen, begannen die Alliierten im Januar 1923 mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets. Aus Protest gegen diese Gewaltpolitik traten im Ruhrgebiet Beamte, Angestellte, Arbeiter, ja ganze Betriebe in den Generalstreik. Sie bten »passiven Widerstand« gegen die Besatzer, während das Reich zugleich den Streik subventionierte und die Unternehmen finanziell entschädigte. Währenddessen weitete die Reichsbank die Geld- und Kreditmenge weiter aus, bis in der schweren politischen Krise des Sommers 1923 die Inflation als »Hyperinflation« endgültig aus dem Ruder lief.

.....

Die Inflation der Jahre 1918 bis 1923 war kein ökonomisches Naturereignis, sondern Ergebnis bewussten politischen Handelns.

.....

Die unmittelbaren Folgen der Inflation waren vielfältig. Beginnen wir mit einem ökonomischen Aspekt. Die Inflation erwies sich bis zum Sommer 1922 zumindest in bestimmten Sektoren als »Schmiermittel« der Wirtschaft, und als solches wurde die Inflation gezielt genutzt: Die niedrigen Zinssätze, die die Reichsbank festsetzte, wirkten wie eine gewaltige Subvention für die nach Krediten hungernden Industrie.⁸⁵ Insofern hatte die Inflation ihre positiven Effekte, und sie wurde von einer relativ breiten Koalition gesellschaftlicher Gruppen unter Einschluss der Politik nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern gezielt betrieben. Durch Inflationierung des Geldes sollte nämlich erstens nach den revolutionären Unruhen der Jahre 1918/19 der soziale Friede hergestellt, zweitens die Wirtschaft angekurbelt, drittens die Schuldenlast der öffentlichen Hand verringert und schließlich viertens den Alliierten anhand des Wahrungsverfalls demonstriert werden, dass die auferlegten Reparationen untragbar seien. Die Inflation der Jahre 1918 bis 1923 war jedenfalls kein ökonomisches Naturereignis, sondern Ergebnis bewussten politischen Handelns.

Wenn die Reichspolitik der Jahre 1918 bis 1923 diese positiven Effekte der Inflation durchaus vor Augen hatte, so überwiegen in der Rückschau die negativen jedoch bei Weitem: Soziale Not, ein dramatischer Verlust an Vertrauen in das politische und wirtschaftliche System sowie der rapide

schwindende soziale Zusammenhalt belasteten als unmittelbare Folgen der Inflation die Demokratie von Weimar ebenso schwer wie nachhaltig.⁸⁶ Worin bestanden diese Belastungen im Einzelnen?

Weil jede Mark ganz schnell ausgegeben werden musste, florierte in den Städten die Vergnügungsindustrie. Auf plakative, aber eindruckliche Weise schilderte der Journalist Sebastian Haffner, der als 17-jähriger Gymnasiast die Hyperinflation in Berlin erlebt hatte, im Rückblick seine Eindrücke:

»Es war eine Lage, in der Geistesträgheit und Verlass auf frühere Erfahrung mit Hunger und Tod bestraft, aber Impulshandeln und schnelles Erfassen der Lage mit plötzlichem ungeheurem Reichtum belohnt wurde. Der einundzwanzigjährige Bankdirektor trat auf, wie auch der Primaner, der sich an die Börsenratschläge seiner etwas älteren Freunde hielt. Er trug Oscar-Wilde-Schlipse, organisierte Champagnerfeste und unterhielt seinen verlegenen Vater. Unter soviel Leid, Verzweiflung und Bettelarmut gedieh eine fieberhafte, heißblütige Jugendhaftigkeit, Lüsterheit und ein allgemeiner Karnevalsgeist. Jetzt hatten auf einmal die Jungen und nicht die Alten das Geld; und überdies hatte sich seine Natur so geändert, daß es seinen Wert nur wenige Stunden hielt, und es wurde ausgegeben wie nie vorher oder seither; und für andere Sachen als solche, für die alte Leute ihr Geld ausgeben. Zahllose Bars und Nachtclubs sprangen plötzlich auf, junge Paare wirbelten durch die Straßen der Vergnügungsviertel, wie in einem Film über die oberen Zehntausend.«⁸⁷

Haffner beschreibt hier Phänomene, die man später unter dem Begriff »Inflationsfieber« zusammengefasst hat: Jede Mark musste so schnell wie möglich ausgegeben werden, weil sie bei längerem Zögern zu sehr an Wert verloren hätte. Dadurch verschoben sich die Kauf- und Konsumpräferenzen erheblich – mit unübersehbaren Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Demonstrativer Luxuskonsum erschien manchen, die von der Inflation profitierten, als das Gebot der Stunde, was diejenigen, die aufgrund der explodierenden Lebensmittelpreise Hunger leiden mussten, wiederum als ungeheure Provokation empfanden.

Das Inflationsfieber hatte seine dramatische Kehrseite darin, dass den Besitzern von Geldvermögen, Staatsanleihen und Versicherungen sowie

den vielen Bezieherinnen und Beziehern von Kapitalrenten, zu denen auch »kleine Leute« gehörten, in kurzer Zeit die Existenzgrundlage wegbrach. Diejenigen, die wie Beamte und Angestellte Monatsgehälter bezogen oder die wie Ärzte, Anwälte, Journalisten usw. von Honoraren lebten, sahen sich mit einem Mal von Verarmung bedroht, weil ihr Gehalt oder Honorar, wenn es ausgezahlt wurde, bereits nichts mehr wert war. Sie fürchteten, was sie vielleicht schon immer insgeheim befürchtet hatten, nämlich Statusverlust, schlimmstenfalls den Abstieg ins Proletariat. Aber auch sozial schwache Gruppen wie Rentner, Studenten, Erwerbslose, Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene litten massiv unter der galoppierenden Geldentwertung, da die Anpassung ihrer Bezüge mit der Inflation nicht Schritt hielt. Seit dem Sommer 1922 verloren auch die Reallöhne der Arbeiterschaft rasch an Wert.

Da die Regierung abermals die Preise für Lebensmittel deckelte, hielten die Bauern ihre Erträge zurück, statt sie für wertloses Geld zu verkaufen. Deshalb standen manche Städte im Herbst 1923 trotz einer guten Ernte am Rande einer Hungersnot. Zuweilen waren die Engpässe so groß, dass Städter aufs Land zogen, um Felddiebstahl zu begehen; Läden wurden geplündert. Während in Berlin die Suppenküchen amerikanischer Quäker



Abb. 17: Deutschlands Kinder hungern! Kreidelithografie von Käthe Kollwitz, 1923

aufgestellt wurden, entwarf die Grafikerin Käthe Kollwitz im Auftrag der »Internationalen Arbeiterhilfe« ein berühmtes Plakat mit dem Titel »Deutschlands Kinder hungern!«. Es zeigt vier ausgemergelte Kinder, die einem imaginären Wohltäter leere Schalen entgegenstrecken.⁸⁸

.....

Die Inflation – das war also die gewaltige, kalte Enteignung nicht zuletzt solcher Bevölkerungsgruppen, die sich bis dahin eher als staatstragend verstanden hatten.

.....

Die offenkundige Not wog umso schwerer, als andere zur gleichen Zeit und vor aller Augen einen erstaunlichen Reichtum anzuhäufen wussten – diejenigen nämlich, die über Sachwerte verfügten und/oder große Schulden hatten. Schulden zu haben – bis vor kurzem noch ein moralischer Makel – war mit einem Mal ein Riesenglück. Wer zudem mit Devisen, mit empor-schießenden Aktien und Kreditgeschäften geschickt zu spekulieren wusste, konnte sich, wie Haffner beobachtete, in der Inflationszeit sogar ein Vermögen quasi aus dem Nichts schaffen. Auf diese Weise konnte etwa der Montanindustrielle Hugo Stinnes in kurzer Zeit ein Firmenimperium von 1535 ineinander verschachtelten Unternehmen aufbauen.⁸⁹ Er galt daher als Inbegriff des »Inflationsgewinners«.

Die Inflation – das war also die gewaltige, kalte Enteignung nicht zuletzt solcher Bevölkerungsgruppen, die sich bis dahin eher als staatstragend verstanden hatten. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn, ein wichtiger Berater der Reichsregierung während der Hyperinflation, hatte daher Recht, wenn er in seinen Memoiren die Inflation als eine »kapitalistische Variante der kommunistischen Enteignungspolitik« bezeichnete.⁹⁰ Der Soziologe Max Weber wiederum, der in der Anfangsphase der Inflation 1919/20 am Geldkapitel seines posthumen Hauptwerks »Wirtschaft und Gesellschaft« arbeitete, notierte damals: »Derartige starke Umgestaltungen der (*materi- alen*) Geltung des Geldes bedeuten heute: *chronische* Tendenz zur sozialen Revolution [...].« Der »sozialrevolutionäre Effekt«, den Weber an Inflationen beobachtete,⁹¹ stellte sich nach Webers Tod in den Jahren 1922/23 in Ansätzen auch ein: In Mitteldeutschland errichtete die KPD seit Anfang 1923 »proletarische Hundertschaften« für den revolutionären Kampf der Arbei-

terschaft, im Sommer desselben Jahres erschütterte eine Welle von Streiks und Teuerungsunruhen die sächsischen Industriereviere. Die blanke Not der Menschen allerdings erwies sich, wie so oft, als schlechter Nährboden für eine wirklich revolutionär zu nennende Situation.⁹²

Die Inflation hatte eine dramatische Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zur Folge. Grob gesprochen standen Stadtbewohner gegen Landbewohner, Gläubiger gegen Schuldner, Besitzer von Geldwerten gegen die von Sachwerten, Mieter gegen Vermieter, Junge gegen Alte. Und so weiter. Die Medien trugen das Ihre dazu bei, um solche Projektionen zu befeuern.

.....

Weil nur die Wenigsten die komplizierten Prozesse durchschauten und die Meisten darin eine Art finsternen Spuk erblickten, lag es nahe, nach einfachen Schuldigen zu suchen.

.....

Die wohl schwerste Hypothek der Inflation aber bestand in dem allgemeinen Verlust nicht nur an *Systemvertrauen* – also dem Vertrauen in den Staat, in die Wirtschaft, in die Wissenschaft usw., – sondern auch an *persönlichem Vertrauen* in die alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen.⁹³ Schon das Kaiserreich hatte während des Krieges massiv auf die Ressource »Vertrauen« gesetzt, als es in einer Serie patriotischer Kampagnen bei den solventeren Kreisen der Bevölkerung um die Zeichnung von Kriegsanleihen warb und von der Arbeiterschaft Lohnzurückhaltung verlangte: Im Kern ging es um Vertrauensvorschüsse an das Vaterland. Nach dem verlorenen Krieg und der völligen Entwertung der Kriegsanleihen sahen sich weite Teile jener Mittelschicht, die auf diese Weise den Krieg mitfinanziert hatten, nicht nur um ihr Geld gebracht, sondern auch in ihrem patriotischen Vertrauen auf den Staat betrogen. Mit Beginn der Hyperinflation, als die zeitlich sehr ungleich verlaufende kalte Enteignung großer Teile der Bevölkerung immer sichtbarer wurde, setzte bei nahezu allen Betroffenen das Gefühl ein, in großem Stil betrogen zu werden und besonders schlecht wegzukommen – und zwar stets im Blick auf diejenigen, die vermeintlich weniger geschädigt wurden oder von der Inflation sogar profitierten: Jede Geldtransaktion war von dem Verdacht überschattet, vom jeweiligen Gegenüber unter Ausnutzung der volatilen Währungssituation übervorteilt zu werden.

In diesem Klima eines allgemeinen Misstrauens seien die Deutschen, so der Wirtschaftshistoriker Harold James, »verletzlich und neurotisch« geworden, die Inflation habe ein »destruktives und letztlich mörderisches soziales Verhalten« ausgelöst.⁹⁴ Spätestens in den Jahren 1922/23 sollte sich *ex negativo* zeigen, in welchem Ausmaß Geld ein Medium ist, das auf Vertrauen beruht, umgekehrt aber auch Vertrauen stiftet: Stets beruht sein Gebrauch auf einer »riskanten Vorleistung«. ⁹⁵ So gesehen bedeutet die rasanten Entwertung von Geld neben Hunger, sozialer Not und gesellschaftlicher Desintegration vor allem eines: eine allgemeine Entwertung jenes persönlichen und systemischen Grundvertrauens, auf das moderne, d.h. von Risiken und Kontingenzen bestimmte Gesellschaften elementar angewiesen sind.⁹⁶ Der Philosoph Georg Simmel hatte diesen Zusammenhang in seiner »Philosophie des Geldes« bereits 1907 wie folgt beschrieben: »Das Gefühl der persönlichen Sicherheit, das der Geldbesitz gewährt, ist vielleicht die konzentrierteste und zugespitzteste Form und Äußerung des Vertrauens auf die staatlich-gesellschaftliche Organisation und Ordnung«. ⁹⁷

Weil nur die Wenigsten die komplizierten Prozesse, die beim Vorgang der galoppierenden Geldentwertung am Werk waren, durchschauten und die Meisten darin eine Art finsternen Spuk erblickten, lag es nahe, nach einfachen Schuldigen zu suchen. Die waren rasch gefunden: Der Wucherer, der Inflationsgewinnler, der Schieber – das waren die vielfach karikierten Hassfiguren der Inflationszeit. Sie befeuerten auch den seit Kriegsende ohnehin grassierenden Antisemitismus. So kam es auf dem Höhepunkt der Inflation im November 1923 im Berliner Scheunenviertel zu pogromartigen Ausschreitungen. Als »Inkubationsphase eines neuen Antisemitismus« (Ulrich Herbert) trug die Ära der Hyperinflation jedenfalls besonders giftige Früchte.⁹⁸

Die politische Hypothek dieser Entwicklungen folgte auf dem Fuß. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 mussten insbesondere die bürgerlichen Parteien der Mitte deutliche Stimmenverluste verbuchen, während in den folgenden Jahren sogenannte »Interessenparteien«, die vorwiegend oder ausschließlich die ökonomischen Interessen ihrer frustrierten Klientel bedienen wollten, wie Pilze aus dem Boden schossen. Bereits bei den Maiwahlen 1924 zogen die Nationalsozialisten, die nicht zu dieser Kategorie gehörten, erstmals in den Reichstag ein. Die Inflation trug also, so der Historiker Andreas Wirsching, »entscheidend zur Auflösung des bürgerlichen Parteienspektrums und zum Verlust seiner Integrationskraft bei.«⁹⁹



Abb. 18: Wahlplakat des Völkisch-Sozialen Blocks, 1924

Die Stunde der Populisten, so könnte man aus heutiger Perspektive argumentieren, schlägt dann, wenn erstens das Parteiensystem nicht mehr integrierend wirkt, sondern im Gegenteil bestehende gesellschaftliche Prozesse der Desintegration verstärkt, und zweitens aufgrund ökonomischer

Schocks wie einer Hyperinflation das grundständige Systemvertrauen erschüttert und zerstört wird.¹⁰⁰

Warum, so ließe sich fragen, haben Regierungen und Reichsbank angesichts dieser Gefahren der Inflation nicht Einhalt geboten? Zum einen waren sich zeitgenössische Währungstheoretiker und Finanzpraktiker über die Ursachen der Inflation keineswegs einig. So war Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein im Verein mit führenden Ökonomen der Zeit unter dem Eindruck der in Deutschland vorherrschenden Geldtheorie fest davon überzeugt, dass erst ein ausgeglichener Staatshaushalt, eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und folglich ein Schuldenmoratorium der alliierten Siegermächte ein Ende der Inflation ermögliche – von alledem aber war die junge Republik weit entfernt.¹⁰¹ Das beharrliche Insistieren auf einer ökonomischen Lehre, die in der ausgeglichenen Zahlungsbilanz, mithin im »Reparationsproblem« den Schlüssel zur Lösung des »Inflationsproblems« sehen wollte, führte zu einer sterilen, rechthaberischen Haltung auf deutscher Seite und verhinderte so mögliche pragmatische Lösungen jenseits des Streits der ökonomischen Schulen. Kritiker der deutschen Geldpolitik wie etwa Walter Eucken, Alfred Lansburgh und Albert L. Hahn, die die expansive Geldpolitik der Reichsbank als eine wesentliche Ursache der Inflation kritisierten, sahen sich rasch mit der Unterstellung konfrontiert, die Position des »Auslands« zu vertreten.¹⁰²

Zweitens hatte die inflationierende Politik auch makroökonomische Vorzüge, indem sie bis 1922 jene scharfe Rezession und eine entsprechend hohe Arbeitslosigkeit verhinderte, in die andere Nachkriegsökonomien wie Großbritannien und die USA mit einer deflationären Politik gerutscht waren. Stattdessen verschaffte die Politik der Inflationierung der jungen Republik vorübergehend gewisse fiskalische Spielräume, um die Folgen des Krieges sozialpolitisch abzufedern und damit ihrem Anspruch als »soziale Republik« wenigstens rudimentär zu genügen.¹⁰³

Insgesamt aber waren drittens die Handlungsspielräume zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben tatsächlich sehr begrenzt. Trotz einer großen, von Reichsfinanzminister Matthias Erzberger bereits 1919 durchgesetzten Steuerreform, die u.a. die Einführung einer stark progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer vorsah, reichten die durch die Inflation und Steuerhinterziehung schnell wieder dahinschmelzenden Steuereinnahmen nicht annähernd zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs; eine noch

radikalere Besteuerung fand keine parlamentarische Mehrheit.¹⁰⁴ Zudem waren die großen Mengen an Devisenreserven, die deutsche Unternehmen wohl vorwiegend im Ausland gehortet hatten, dem Fiskus nicht zugänglich. Ein Versuch des Reichskanzlers Josef Wirth, die Reichsbank, die über erhebliche Goldbestände verfügte, zur Auflage einer Goldanleihe zu bewegen, scheiterte im Sommer 1922 am Widerstand ihres Präsidenten, der den Vorschlag als unpatriotischen Akt deutete.¹⁰⁵ Ein alliiertes Schuldenmoratorium, wie es ihm vorschwebte, stieß hingegen auf den harten Widerstand Frankreichs, das die deutschen Reparationen dringend benötigte, um seine Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten und Großbritannien zu bedienen. Vorstöße von britischer wie französischer Seite, die auf eine Streichung der interalliierten Forderungen als Voraussetzung für eine mögliche Senkung der von Deutschland zu zahlenden Reparationen abzielten, lehnten die USA jedoch mit Nachdruck ab und beharrten stattdessen auf Rückzahlung der insbesondere an England und Frankreich gewährten Kredite.¹⁰⁶ Der amerikanische Historiker Adam Tooze, der die asymmetrischen Finanzverflechtungen der Mächte im Gefolge des Ersten Weltkriegs eingehend untersucht hat, sprach von einer »internationalen Chain Gang«, die für die Weltwirtschaft eine schwere Belastung darstellte.¹⁰⁷

.....

Die öffentlichen Schulden waren in all den Jahren der »Teuerung« also »weginflationiert« worden.

.....

Für die Inflationsperiode in Deutschland lässt sich jedenfalls festhalten, dass sich die öffentliche Hand ihrer inneren Schuldenlast dadurch entledigte, dass sie die Notenpresse immer schneller laufen ließ und die Inflation damit zusätzlich anheizte. Zaghafte Versuche der Reichsbank, durch die Einschränkung der Kreditvergabe die Geldentwertung zu drosseln, blieben wirkungslos. Als die Inflation im November 1923 durch eine Währungsreform schlagartig beendet wurde, betrug die innere Staatsschuld nur noch ganze 15,4 Pfennig (in Kaufkraft des Jahres 1913). Die öffentlichen Schulden waren in all den Jahren der »Teuerung« also »weginflationiert« worden. Mit der Einführung der Rentenmark am 15. Oktober 1923 wurde 1 Rentenmark gegen 1 Billion Papiermark eingetauscht.

Einer Idee zufolge, an der so unterschiedliche Experten wie der rechtsnationale Ökonom Karl Helfferich, der marxistische Theoretiker Rudolf Hilferding sowie der liberale Währungsfachmann Hjalmar Schacht mitgewirkt hatten, war das neue Geld gedeckt durch eine fiktive Grundschuld, die allen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben im Reich auferlegt wurde. Da die Deutschen dieser Fiktion glaubten und das neue Geld nach kurzem Zögern *nolens volens* akzeptierten, gelang die Stabilisierung der Währung. Aber sie hatte, wie wir gesehen haben, einen hohen Preis, der neben dem materiellen Elend vor allem in einem dramatischen Verlust an persönlichem und institutionellem Vertrauen bestand.

Die Lektion, die wir aus alledem ziehen können, könnte wie folgt lauten:

Vertrauen bildet in modernen Gesellschaften eine ebenso knappe wie wertvolle Ressource. Das Grundvertrauen, das Bürgerinnen und Bürger ihrem Gemeinwesen wie auch untereinander schenken, beruht nicht zuletzt auf dem Vertrauen in den Wert der Währung und in die Verlässlichkeit jener Beziehungen, die Geld stiftet. Zur Durchsetzung politischer oder ökonomischer Ziele setzt inflationäre Politik dieses Vertrauen bewusst aufs Spiel und riskiert damit die Legitimation demokratischer Institutionen. Ist Vertrauen einmal verspielt, lässt es sich schwer wieder herstellen.

2.5 Die positive Lektion: Weimar und die demokratische Tradition in Deutschland

Die letzte Lehre, die ich für unsere Gegenwart vorschlagen möchte, folgt einer anderen Überlegung. Auch wenn die hier entwickelten Lektionen dies nahelegen mögen, so war die Weimarer Republik nämlich kein Babylon Berlin. Und sie war vor allem weit mehr als jene gescheiterte Demokratie, die man in der alten Bundesrepublik – also vor über 30 Jahren – gerne als Schreckbild an die Wand gemalt hat.¹⁰⁸ Heute sieht die Forschung in der Weimarer Republik zum einen ein Laboratorium der Moderne, in dem charakteristische Widersprüche und Probleme jener modernen Welt, wie wir sie heute kennen, mit besonderer Wucht und Härte aufeinandergeprallt sind.¹⁰⁹ Das Neben- und Gegeneinander, ja die paradoxe Verklammerung von höchst modernen und antimodernen Tendenzen machen die beson-

dere Faszination jener Epoche aus, von der nicht zuletzt das Medienspektakel »Babylon Berlin« zehrt. Neuere Forschungen unterstreichen diesen Laborcharakter und sprechen daher z.B. vom »eclectic experimentalism of Weimar«. ¹¹⁰

Zweitens hat die intensive Erforschung nicht nur der antidemokratischen, sondern auch der demokratischen Tendenzen und Bewegungen den Schluss nahegelegt, dass die Republik keineswegs von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, sondern vielmehr gerade *als Demokratie* unter den überaus schwierigen Umständen nach der Kriegsniederlage vielfach Beachtliches geleistet hat. Man kann die frühere Perspektive sogar umkehren und fragen, warum die Weimarer Demokratie angesichts ihrer überwältigenden Herausforderungen überhaupt so lange Bestand haben konnte. In der heute dominierenden Sicht erscheint jedenfalls das Scheitern der Republik keineswegs als quasi unabwendbares, weil aus strukturellen Mängeln, einem konstitutionellen »Geburtsfehler« oder einem »deutschen Sonderweg« zu erklärendes Schicksal; auch war die nationalsozialistische Diktatur keineswegs die zwingende Folge des Scheiterns der parlamentarischen Demokratie. Historikerinnen und Historiker betonen heute vielmehr die grundsätzliche Offenheit der Entwicklung zwischen 1918 und 1933 und haben die durchaus realistische Möglichkeit diskutiert, dass nach einer Phase des »Staatsnotstands« ein autoritäres, nicht jedoch totalitäres Regime hätte errichtet werden können. ¹¹¹ Gerade im Licht der turbulenten Entwicklungen zwischen Brünnings Sturz und dem 30. Januar 1933 standen jedenfalls unterschiedliche Machtoptionen im Raum; dass die Macht an Hitler übertragen würde, war alles andere als ausgemacht. ¹¹²

Drittens hat die jüngere Forschung die erste deutsche Demokratie entprovinzialisiert, aus der nationalen Nabelschau herausgelöst und in ihren europäischen sowie globalen Bezügen untersucht. Dies schärft den Blick zum einen für die europäischen und globalen Verflechtungen von Kultur, Medien, Ökonomie und Gesellschaft der Weimarer Jahre, aber auch für zeittypische Phänomene wie die Biologisierung gesellschaftlicher Diskurse, Eugenik und Rassismus sowie den Aufstieg lautstarker Populismen als europäische, ja transatlantische Tendenzen. ¹¹³ Zum andern hilft der »globale« Blick auf Weimar aber auch, den radikalen Nationalismus jener Zeit als Gegenbewegung gegen eine sich globalisierende Moderne besser einzuordnen. Alles in allem öffnen diese Neuinterpretationen erneut den Blick für die spezifischen Leistungen der Weimarer Demokratie, die eben weit mehr



Abb. 19: Der Reichsverfassungsfeier auf dem Platz der Republik in Berlin am 11. August 1926

war als die bloße Vorgeschichte des »Dritten Reichs« oder die pädagogisch leicht instrumentalisierbare Negativfolie zur erfolgreichen Demokratie der Bundesrepublik.¹¹⁴ Vor diesem Hintergrund sollen für die letzte Lektion, die ich hier entwickeln möchte, einige Leistungen der ersten deutschen Demokratie in fünf Schlaglichtern knapp benannt werden.

Die Demokratie der Weimarer Republik war deutlich besser als ihr Ruf und barg beachtliche Entfaltungspotenziale.

Demokratie. Die Demokratie der Weimarer Republik war deutlich besser als ihr Ruf und barg beachtliche Entfaltungspotenziale.¹¹⁵ Trotz jener problematischen Konstruktion einer »präsidentiellen Reserveverfassung« (Karl Dietrich Bracher), die es dem Reichspräsidenten unter bestimmten Umständen erlaubte, am Parlament vorbei zu regieren, sehen wir in der Weimarer Verfassung inzwischen nicht mehr den »Geburtsfehler« (Ernst Fraenkel), an

dem die Demokratie letztlich gescheitert ist. Viel eher wird die Weimarer Verfassung mittlerweile als bemerkenswertes Beispiel einer modernen Verfassung interpretiert, die dem Demokratieprinzip auf geradezu unerhörte Weise Geltung verschaffte.¹¹⁶ Nicht der Artikel 48 der Verfassung als solcher, sondern seine missbräuchliche Anwendung durch autoritäre Kräfte in der Endphase der Republik hat zum Niedergang der parlamentarischen Demokratie beigetragen. Und was lange wie eine Fußnote behandelt wurde – nämlich die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 im Rahmen des allgemeinen gleichen Wahlrechts –, würdigen wir heute als bedeutenden Durchbruch für die politischen Rechte der Frauen. Das Deutsche Reich war damit nach Finnland, Norwegen und Dänemark das vierte Land in Europa, das diesen wichtigen und erfolgversprechenden Schritt zur Demokratisierung getan hat.

Auch der viel gescholtene Weimarer Parlamentarismus, das parlamentarische Leben, bestand nicht nur aus Beschimpfungen, Blockaden und Polarisierung.¹¹⁷ Die rund 600 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die nach einem reinen Verhältniswahlrecht in den Deutschen Reichstag gewählt



Abb. 20: Frauen vor einem Wahllokal in Berlin bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919

wurden, waren vielmehr ausgesprochen fleißig. So hat der Reichstag als Antwort auf eine schier unglaubliche Vielfalt schwerer Probleme, die nach dem verlorenen Weltkrieg vom Gesetzgeber zu lösen oder zu lindern waren, zwischen 1919 und 1932 insgesamt 1329 Reichsgesetze beschlossen. Dazu gehörten etwa die Abwicklung der unmittelbaren Kriegsfolgen – also die Wiedereingliederung von acht Millionen heimkehrender Soldaten, die Versorgung von Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und Waisen –, aber auch eine demokratische Neuorganisation des gesamten Bildungswesens, die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum, die Bekämpfung der dramatischen Folgen der Hyperinflation und nicht zuletzt die Linderung des sozialen Elends angesichts der Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise ab 1929.

Es wäre indessen verfehlt, die Weimarer Demokratie zu idealisieren und zeitgenössische Einschätzungen von der »demokratischsten Demokratie der Welt« (so der sozialdemokratische Innenminister Eduard David 1919) einfach fortzuschreiben.¹¹⁸ Denn zum einen verhinderten die ebenso scharfen wie permanenten ökonomischen Verteilungskämpfe die Ausbildung



Abb. 21: Die Eröffnungssitzung des Reichstags in Berlin am 27. Mai 1924

eines stabilen demokratischen Konsenses, in dem sich alle demokratischen Strömungen wiederfinden konnten. Zum andern erwies sich die damals entwickelte, integrativ gedachte Vorstellung einer »demokratischen Volksgemeinschaft« als schillernd und anfällig für illiberale und autoritäre Aufladungen.¹¹⁹ Als ähnlich anfällig erwies sich die auch von Demokraten gepflegte Denkfigur von »Führer versus Masse«, die ebenfalls von rechtsautoritären Kräften leichter zu bedienen war als von jenen Demokratinnen und Demokraten, die unentwegt den Mangel an »demokratischen Führern« beklagten und diesen Missstand gerne den Parteien anlasteten: Auch unter Demokraten galt der »Führer« als der produktive Überwinder des »Apparats, des Betriebs, der Maschine«, der Erscheinungsformen jener Moderne also, die in der Zeit zwischen den Kriegen so sehr umkämpft waren.¹²⁰

.....

In dieser Ausweitung der Staatstätigkeit lässt sich eine durchaus revolutionäre Neuerung gegenüber dem Staatsverständnis des 19. Jahrhundert erkennen.

.....

Interventionsstaat. Viele der oben genannten Leistungen der Weimarer Republik beruhten auf einem neuen Verständnis vom Staat, der in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens als »Interventionsstaat« Verantwortung übernommen, damit aber auch neue Legitimationsprobleme heraufbeschworen hat.¹²¹ In dieser Ausweitung der Staatstätigkeit lässt sich eine durchaus revolutionäre Neuerung gegenüber dem Staatsverständnis des 19. Jahrhundert erkennen, als sich die Funktionen des Staates im Wesentlichen auf die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Gewährleistung eines Minimums an Bildung und die Bereitstellung von Infrastruktur konzentrierten. Der aktive Staat, der Interventionsstaat der Weimarer Republik, hingegen suchte erstmals den schwierigen Spagat zu meistern, der noch heute die modernen Demokratien des Westens vor mancherlei Probleme stellt. Er besteht darin, einerseits auf dem Weg von Sozialpolitik die individuellen Bürger- und Freiheitsrechte zu wahren und zu verteidigen, zugleich aber durch steuernde Eingriffe in genau diese Bürger- und Freiheitsrechte disziplinierende, ja autoritäre Züge zu entwickeln.¹²² Zu diesem spezifisch modernen Dilemma gehört auch die Beobachtung, dass gerade der soziale In-

terventionsstaat der Weimarer Republik bei den Bürgerinnen und Bürgern hohe Erwartungen geweckt hat, die er angesichts fehlender ökonomischer Ressourcen, mächtiger Interessen und einer sich polarisierenden Politik am Ende nur enttäuschen konnte:¹²³ »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« klafften in der Weimarer Republik besonders weit auseinander.

Steuern. Niemand zahlt gerne Steuern. Seit dem frühen 19. Jahrhundert waren sie in Deutschland Merkmal moderner Staatlichkeit, doch erst die Weimarer Republik hat mit dem vielzitierten Grundsatz Ernst gemacht, dass stärkere Schultern mehr zu tragen haben als schwache. Angesichts der gigantischen Finanzierungsprobleme, vor denen die Republik nach dem verlorenen Krieg stand, betrieb der damalige Finanzminister Matthias Erzberger 1920 mit der größten Steuerreform in der jüngeren deutschen Geschichte den Aufbau einer modernen Finanzverwaltung. Dazu gehörten neben der Zentralisierung des Steuerwesens die Einführung einer stark progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, einer Lohnsteuer, einer Körperschafts- und Kapitalertragssteuer sowie einer Erbschafts- und Grunderwerbssteuer – kurzum: das moderne Steuersystem, wie wir es in seinen Grundzügen bis heute haben.¹²⁴ Erzbergers Reform sollte nicht allein der Deckung des gewaltigen Haushaltsdefizits und der Finanzierung staatlicher Ausgaben dienen, vielmehr sah der Minister im neuen Steuersystem auch ein Instrument, um die Lasten in der Gesellschaft gerechter zu verteilen und damit der jungen Demokratie ein stabileres soziales Fundament zu verschaffen.

»*Rheinischer Kapitalismus*«. Den klassischen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit hat die Weimarer Republik mit den neuen, zukunftsweisenden Methoden des kollektiven Arbeitsrechts zu regeln versucht. So hat die Weimarer Verfassung von 1919 die Tarifparteien – Gewerkschaften und Arbeitgeber – als kollektive Interessenvertretungen anerkannt: Tarifverträge wurden nun zu Instrumenten der Regelung von Lohn und Arbeitsbedingungen. Die betriebliche Mitbestimmung war in Art. 165 der Verfassung festgeschrieben und damit Verfassungsgebot. Betriebsräte, auch wenn ihre Befugnisse anfangs gering waren, gehörten fortan in Deutschland zum Arbeitsleben ebenso dazu wie die neu geschaffene Arbeitsgerichtsgerichtsbarkeit.

Zwar trifft es zu, dass die Weimarer Republik *unter anderem* auch am Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zerbrochen ist. Aber ebenso wenig ist zu bestreiten, dass sie mit dem eingeschlagenen Pfad der Sozialstaatlichkeit

Reichs-Gesetzblatt

Jahrgang 1920

Nr. 26

Inhalts-Verzeichnisse. S. 147. — Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz. S. 172.

(Nr. 7287) Betriebsrätegesetz. Vom 4. Februar 1920.

Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.

§ 2

In Betrieben, die in der Regel weniger als zwanzig, aber mindestens fünf wahlberechtigte Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens drei nach den §§ 20 und 21 wählbar sind, ist ein Betriebsobmann zu wählen.

Beschäftigen solche Betriebe mindestens fünf wahlberechtigte Arbeiter und fünf wahlberechtigte Angestellte, so kann ein gemeinsamer Betriebsobmann gewählt werden. Ist eine Einigung der Mehrheit beider Gruppen nicht zu erzielen, so wählen Arbeiter und Angestellte je einen Betriebsobmann.

§ 3

In Betrieben, die mindestens zwanzig Hausgewerbetreibende (§ 119b Gewerbeordnung) beschäftigen, welche in der Hauptsache für denselben Betrieb arbeiten und selbst keine Arbeitnehmer beschäftigen, muß ein besonderer Betriebsrat für die Hausgewerbetreibenden errichtet werden. Die näheren Bestimmungen trifft der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung eines aus achtundzwanzig Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags.

Reichs-Gesetzl. 1920.

Ausgegeben zu Berlin den 9. Februar 1920

31

(Zwanzigster Tag nach Ablauf des Ausgabestags: 23. Februar 1920)

Abb. 22: Deckblatt des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920, Reichsgesetzblatt 1920, S. 147

neue, zukunftsweisende Wege beschritten hat, um diesen klassischen Konflikt einzuhegen; Wirtschaftshistoriker sprechen daher mit Blick auf Deutschland vom sogenannten »Rheinischen Kapitalismus«. Dieser »Rheinische Kapitalismus« mit seinen spezifischen Elementen der Mitbestimmung und eines weit ausgebauten Arbeitsrechts markierte in den Worten des Wirtschaftshistorikers Werner Plumpe »einen [deutschen] Sonderweg, der bis in die Gegenwart anhält« – und auf den wir uns hierzulande bis heute viel zugutehalten.¹²⁵

Als Sozialstaat hat die Weimarer Republik ihre besonderen Verdienste.

Sozialstaat. Als Sozialstaat hat die Weimarer Republik ihre besonderen Verdienste.¹²⁶ Auf die Wiedereingliederung von Millionen von Soldaten wurde bereits hingewiesen. Das zersplitterte und völlig unzureichende Fürsorgewesen für Arme hat die Republik grundlegend reformiert und in ein neues System der sozialen Fürsorge überführt. An den kommunalen Wohlfahrtsämtern arbeiteten fortan professionelle Fürsorgerinnen und Fürsorger (heute: Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen).¹²⁷ Dank ausländischer Kredite und einer neu eingeführten »Hauszinssteuer« florierte der öffentliche Wohnungsbau. Kommunen und Genossenschaften bauten zwischen 1924 und 1930 mit staatlicher Förderung 560.000 Wohnungen:¹²⁸ Fast jede größere deutsche Stadt verfügt heute über Wohnkolonien aus der Weima-



Abb.23: Die Hallschlag-Siedlung in Stuttgart, um 1927

rer Zeit, ganz zu schweigen von den vielen Schwimmbädern, Postämtern, Schulen und anderen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

1927 folgte schließlich mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung ein entscheidender Baustein für den modernen Sozialstaat. Die genannten Systeme konnten der Armut nicht annähernd Herr werden und waren aufgrund der meist prekären Haushaltslage die meiste Zeit heillos überlastet. Dennoch gilt: Als sozialer Staat hatte die Republik einen zentralen Anspruch moderner Demokratien eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht, nämlich das Gebot, jedem Bürger und jeder Bürgerin ein menschenwürdiges Leben ermöglichen zu wollen.

Diese wenigen Schlaglichter sollen genügen, um eine fünfte und letzte Lektion vorzuschlagen, die im Unterschied zu den bisher vorgestellten Lektionen einen anderen erinnerungspolitischen Umgang mit der Demokratie in der Zwischenkriegszeit empfiehlt.¹²⁹

Die Weimarer Republik war kein Babylon Berlin. Als Demokratie zumal war sie besser als ihr Ruf. Wir tun folglich gut daran, uns nicht nur an ihr Scheitern zu erinnern oder sie nur von ihrem Scheitern her zu beurteilen. Denn die Republik hatte ihre Leistungen, ihre Stärken und ihre großen Momente. Wir stehen noch heute in Vielem auf ihren Schultern.

3. Die Demokratie von Weimar als Lücke im kollektiven Gedächtnis

Das Scheitern der Weimarer Republik machte den Weg frei für eine totalitäre Diktatur, deren menschenverachtende Politik in Ausgrenzung, Völkermord und Genozid mündete und Europa mit einem Weltkrieg überzog. Insofern bleibt es unsere Aufgabe, auch das *Scheitern* der ersten deutschen Demokratie nach wie vor genau zu betrachten.

Eine solche Betrachtung müsste zum Beispiel den Blick über die nationalen Grenzen hinaus weiten und zur Kenntnis nehmen, dass zwischen den Weltkriegen nicht nur die Weimarer Republik scheiterte, sondern auch in zahlreichen anderen Staaten Europas junge, aber instabile Demokratien nach ebenso verheißungsvollen wie turbulenten Anfängen den Weg einer

»Versöhnung durch Gewalt« (Gunther Mai) einschlugen und in autoritäre Systeme oder Diktaturen verwandelt wurden, so 1920 in Ungarn, 1922 in Italien, 1926 in Litauen, Polen und Portugal sowie 1929 in Jugoslawien. Österreich, Lettland, Estland, Bulgarien, Spanien und Griechenland sollten alsbald folgen.¹³⁰ Zugleich gilt es im selben Atemzug festzuhalten, dass eine Reihe von gefestigten Demokratien in Europa das »Zeitalter der Extreme« überlebt haben – etwa Großbritannien, die Schweiz, die skandinavischen Staaten sowie Belgien, die Niederlande und Luxemburg –, dass also der zeitgenössische Trend zur Errichtung von Diktaturen zwar stark, aber keineswegs ungebrochen war.¹³¹ Auch in dieser Perspektive müsste eine Analyse des Scheiterns der Weimarer Republik stets auch die spezifischen *Leistungen* der Republik in Rechnung stellen und fragen, warum sie *dennoch* gescheitert ist. In dem Bündel an Faktoren, die hier zu nennen sind, legen die hier vorgestellten Lektionen wenigstens eine Antwort besonders nahe: Die Republik von Weimar war eine »überforderte Republik« (Ursula Büttner), die nicht nur wegen des verlorenen Weltkriegs eine Vielzahl schwerster, insbesondere ökonomischer Probleme innerhalb viel zu kurzer Zeit zu bewältigen hatte.¹³² Dabei ist der Zusammenhang zwischen der Niederlage im Krieg und dem Scheitern der Demokratie zumindest empirisch offenkundig: In keinem jener Staaten, die den Weltkrieg verloren haben, hatte das parlamentarische System Bestand.¹³³

Bis hin zu »Babylon Berlin« führen die vielen »Krisen« der Weimarer Republik in unserem kollektiven Gedächtnis ein üppig illustriertes Nach- und Eigenleben.

Fasziniert von der expressiven Bildsprache eines Babylon Berlin sind wir bis heute geneigt, die Republik – und ganz nebenbei auch deren demokratische Ordnung – mit Chaos, Gewalt und Exzessen aller Art zu verbinden. Denn als moderne Mediengesellschaft, die sich unablässig selbst kommentierte, hat die Weimarer Republik nicht nur eine reiche Krisensemantik, sondern auch eine vielfältige und eindruckliche *Ikongrafie der Krise* hervorgebracht, die wir bis heute dankbar in unseren Geschichtsbüchern – auch im vorliegenden Essay – ausbreiten. In dieser Literatur finden wir bewaffnete Revolutionäre, die sich hinter Barrikaden verbergen, den »Stoß-

trupp Hitler« auf den Straßen Münchens und den Rotfrontkämpferbund auf den Straßen Berlins; wir sehen Mütter, die ihren Herd mit wertlosem Papiergeld befeuern neben ins Ruhrgebiet einmarschierenden französischen Besatzungstruppen, arbeitslose Männer vor dem Arbeitsamt und verzweifelte Frauen auf dem Bürgersteig, Straßenschlachten in Berlin-Neukölln ebenso wie in Hamburg-Altona, bis endlich der Fackelzug der SA durchs Brandenburger Tor das reich bebilderte Krisennarrativ beglaubigt: Bis hin zu »Babylon Berlin« führen die vielen »Krisen« der Weimarer Republik in unserem kollektiven Gedächtnis ein üppig illustriertes Nach- und Eigenleben. Demgegenüber hat die Demokratie von Weimar kaum Bildmaterial hinterlassen, dessen ikonographische Kraft sich auch nur annähernd mit jenen Krisenbildern messen lassen könnte. So ist es durchaus bezeichnend, dass sich nur wenige Fotografien von den Beratungen der Verfassungsgebenden Versammlung zu Weimar finden, dafür aber umso mehr – meist nachgestellte – Aufnahmen von den zur selben Zeit stattfindenden Straßenkämpfen in München.¹³⁴ Selbst der urdemokratische Akt des Wählens erscheint im fahlen Licht der Krise, wenn vor den Wahllokalen bevorzugt die uniformierten *Sandwichmen* der NSDAP und KPD abgelichtet werden.

Es ist vielfach und zu Recht festgestellt worden, dass die Weimarer Republik zu keiner allgemein akzeptierten demokratischen Bildsprache gefunden und sich um eine solche auch nicht sonderlich bemüht hat.¹³⁵ Diese ikonografische Schiefelage trägt bis heute dazu bei, dass die Erzählung von der ersten deutschen Demokratie noch immer tief im Schatten ihrer Krisenerzählung steht. Wenn es uns gelingt, beide Erzählungen miteinander zu verbinden, eröffnet sich uns die Chance, aus der Geschichte der ersten deutschen Demokratie tatsächlich zu lernen. Wir sollten diese Chance, die die Weimarer Republik nicht hatte, nutzen.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Essay ist die überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung eines Vortrags, den ich am 23.03.2023 am Alten Gymnasium Oldenburg gehalten habe. Die ursprüngliche Fassung ist erschienen in »Minerva am Theaterwall. Vorträge am Alten Gymnasium Oldenburg«, hg. von Matthias Hengelbrock, Bd.1: Geschichte und Politik, Oldenburg 2023, S. 201–231. Für Kritik und Anregungen danke ich Michele Barricelli und Thorsten Holzhauser, für die Unterstützung bei der Recherche Lisa-Mareike Königsmann.
- 2 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, mit einer Einführung von Theodor Litt, Stuttgart 1961, S. 45.
- 3 Die Verse entstammen dem Lied »Heute hier, morgen dort«, das Hannes Wader auf seinem Album »Sieben Lieder« erstmals 1972 veröffentlicht hat.
- 4 Vgl. die klassische Studie von Reinhart Koselleck: *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte*, in: Ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt 1989, S. 38–66.
- 5 Vgl. hierzu Achim Landwehr: *Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie*, Frankfurt 2016; Thomas Etzemüller: »Ich sehe das, was Du nicht siehst«. Wie entsteht historische Erkenntnis? In: Jan Eckel / Thomas Etzemüller (Hgg.): *Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 2007, S. 27–68.
- 6 Vgl. noch immer die Überlegungen von Thomas Nipperdey: *Über Relevanz [1972]*, in: Ders.: *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976, S. 12–32.
- 7 Bei der Bildung solcher Analogien spielt neben der Frage der Abstraktion auch die nach den jeweils erforderlichen Skalierungen eine Rolle, vgl. Sina Steglich: *Maß nehmen als Maßnahme. Skalierung als Herausforderung der Geschichtswissenschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 318/2 (2024), S. 263–289.
- 8 Vgl. Jan Otmar Hesse / Roman Köster / Werner Plumpe (Hg.): *Die große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*, Frankfurt a.M. 2014, sowie jetzt Harold James: *Seven Crashes. The Economic Crises that shaped Globalization*, Princeton 2023, deutsch: *Schockmomente. Eine Weltgeschichte von Inflation und Globalisierung 1850 bis heute*, Bonn 2023.
- 9 Vgl. Peter Heather / John Rapley: *Stürzende Imperien. Rom, Amerika und die Zukunft des Westens*, Stuttgart 2024; Herfried Münkler: *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*, Berlin 2023; Jörn Leonhard: *Über Kriege und wie man sie beendet*, München 2023.
- 10 Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: *How Democracies die*, New York 2017, deutsch: *Wie Demokratien sterben*, München 2019. Selbstbewusst schreiben die Autoren von einem »Lackmustest« zur Identifikation von »Möchtegern-Autokraten«, den sie »auf der Grundlage historischer Erfahrungen« entwickelt hätten, und natürlich zählen die beiden US-amerikanischen Politologen zu diesem paradigmatischen Erfahrungsschatz auch die Erfahrungen der Weimarer Republik, S. 15, 22–24.

- 11 Vgl. hierzu z.B. Elke Seefried: Die Krise der Weimarer Demokratie – Analogien zur Gegenwart?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–42/2016, S. 18–23; Martin Sabrow: Warum Weimar? Zur Renaissance einer vergessenen Republik, in: Ders. (Hg.): Auf dem Weg nach Weimar? Demokratie und Krise, Leipzig 2020, S. 9–26; Jörn Leonhard: Die Grenzen der Analogien. Der Krieg in der Ukraine als historische Zäsur, in: Osteuropa 72 / 2022, S. 148–160.
- 12 Landwehr, Abwesenheit, S. 226–230, hier S. 227. Darin unterscheidet sich Landwehr von Jörn Rüsen: Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen historischen Wissens, Göttingen 1989, S. 45–48, der in seiner Hierarchie historischer Erzählformen einer »exemplarischen Sinnbildung« einen relativ niedrigen Status zuweist. Ob Landwehrs überraschende Aufwertung des *Exemplums* nur im Licht seiner eigenen, radikalkonstruktivistischen Prämissen überzeugt, wäre zu prüfen.
- 13 Die Debatte hierüber ist seit zehn Jahren wieder im Fluss. Während der Weimar-Experte Andreas Wirsching noch 2012 lapidar feststelle: »Weimar ist kein Lehrstück mehr«, revidierte er zehn Jahre später diese These: Weimar bleibe »ein paradigmatisches Lehrstück für die Gefährdung und Selbstgefährdung der Freiheit«, vgl. Andreas Wirsching: Vom »Lehrstück Weimar« zum Lehrstück Holocaust? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 62 (2012) 1/3, S. 9–14, hier S. 9; Ders.: »Weimar«! Theorie und Praxis eines politischen Arguments, in: Hanno Hochmuth / Martin Sabrow / Tillmann Siebeneicher (Hg.): Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik, Göttingen 2020, S. 212–229, hier S. 229; Seefried, Krise, sowie Christoph Thonfeld: Krisenjahre revisited. Die Weimarer Republik in der gegenwärtigen Forschung, in: Historische Zeitschrift 302 (2016), S. 390–420.
- 14 Ähnlich Leonhard, Kriege, S. 17.
- 15 Vgl. z.B. Magnus Brechtken: Der Wert der Geschichte. Zehn Lektionen für die Gegenwart, München 2020; Timothy Snyder: Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2021; Leonhard, Kriege.
- 16 Vgl. Hanno Hochmuth: Mythos Babylon Berlin. Weimar in der Populärkultur, in: Ders. / Sabrow / Siebeneicher (Hg.), Weimars Wirkung, S. 111–125; Hanno Hochmuth / Bettina Köhler: Oberflächengenauigkeiten. Zum Geschichtsbild von BABYLON BERLIN, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2021, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/film/oberflaechengenauigkeiten>; Andreas Blödorn / Stephan Brösel (Hgg.): Babylon Berlin und die filmische Remodellierung der 1920er Jahre. Medienkulturwissenschaftliche Perspektiven, Baden-Baden 2024.
- 17 Vgl. Adam Tooze: Zeitenwende oder Polykrise? Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand, Berlin 2023.
- 18 Die Artikelfolge erschien ab dem 24. April 2017 zunächst in lockerer Folge in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sodann als Buchfassung: Andreas Wirsching / Berthold Kohler / Ulrich Wilhelm (Hg.), Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen 2018. Ähnlich das Urteil von Martin Sabrow: Auf dem Weg zu Weimarer Verhältnissen? Zur Gegenwartsbedeutung eines historischen Erzählmusters, in: Alexander Gallus / Ernst Piper (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratieggeschichte, Bonn S. 2023, S. 217–233.
- 19 Vgl. zum Folgenden Rüdiger Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008; ders.: Optimis-

- mus und Pessimismus in der Krise. Der politisch-kulturelle Diskurs in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933, München 2007, S. 115–140; differenzierend hierzu die Beiträge von Andreas Wirsching, Anna Strommenger, Jürgen Frölich, Stefan Gerber und Thomas Rohkrämer in: Elke Seefried (Hg.): Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche, Frankfurt 2022, S. 43–158.
- 20 Vgl. Christian Jakob: Endzeit. Die neue Angst vor dem Weltuntergang und der Kampf um unsere Zukunft, Bonn 2024.
- 21 Vgl. Graf, Zukunft; Heiner Bielefeld: Kampf und Entscheidung. Politischer Existentialismus bei Carl Schmitt, Helmuth Plessner und Karl Jaspers, Würzburg 1994; Rüdiger Graf / Moritz Föllmer: Einleitung. Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik, in: Dies. (Hg.): Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt 2005, S. 9–41; Michael Makropoulos: Krise und Kontingenz. Zwei Kategorien im Modernitätsdiskurs der Klassischen Moderne, ebd., S. 45–76. Zum liberalen Krisendiskurs vgl. Jens Hacke: Liberale Demokratie in schwierigen Zeiten. Weimar und die Gegenwart, Hamburg 2021. Zum Begriff der »Zeitenwende« jetzt Martin Sabrow: Zeitenwenden in der Zeitgeschichte, Göttingen 2023.
- 22 Vgl. Thomas Mergel: High Expectations – Deep Disappointment: Structures of Public Expectations Towards Politics in Weimar Germany, in: Kathleen Canning / Kerstin Barndt / Kristin McGuire (Hg.): Weimar Publics / Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s, New York 2011, S. 192–210.
- 23 Das Folgende nach: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert. Sein Leben in Bildern, Ostfildern 2019, S. 9–16; Ders.: Die Weimarer Republik entblößen. Das Badehosen-Foto von Friedrich Ebert und Gustav Noske, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 1: 1900–1949, Göttingen 2009, S. 236–243.
- 24 Weimarische Landes-Zeitung Deutschland v. 22.8.1919, zit. n. Christian Faludi: 1919 in Weimar. Die Stadt und die Republik, Bonn 2020, S. 102–104, hier S. 103.
- 25 Vgl. Rudolf Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, hg. v. Günter Wollstein, Köln 1985, S. 133.
- 26 Die Rede ist ediert in: Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925), hg. und bearb. von Walter Mühlhausen, Bonn 2017, S. 89–91, Zit. S. 90.
- 27 Vgl. die Schilderung in Nadolny, Beitrag, S. 133f.
- 28 Die Vorschriften an diesem Strand verlangten, dass Männer im Badeanzug (»Kostüm«) zu baden hätten.
- 29 Deutsche Tageszeitung Nr. 31 v. 9. 8.1919, S. 4.
- 30 Nadolny, Beitrag, S. 134.
- 31 Vgl. hierzu Mühlhausen, Weimarer Republik entblößt, S. 241–243.
- 32 Zu Ebert vgl. das Standardwerk von Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- 33 Vgl. Boris Barth: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 2003.
- 34 Vgl. auch Leonhard, Kriege S. 181f; Gerd Krumeich: Als Hitler den Ersten Weltkrieg gewann. Die Nazis und die Deutschen, Freiburg/Basel/Wien 2024, S. 30–36.

- 35 Diese Angaben nach Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik, Stuttgart 2008, S. 321f.
- 36 So die These von Bernhard Fulda: *Press and Politics in the Weimar Republic*, Oxford 2009.
- 37 Vgl. dazu Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.): *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*, Stuttgart 2008 (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe 9).
- 38 Ute Daniel: *Politische Sprache und Medien*, in: Andreas Wirsching / Berthold Kohler / Ulrich Wilhelm (Hg.): *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Ditzingen 2018, S. 51–64, hier S. 57.
- 39 Martin Sabrow: *Die vergessene Republik*, in: Hochmuth/Sabrow/Siebeneichner (Hg.), *Weimars Wirkung*, S. 9–27, hier S. 23.
- 40 Vgl. Mühlhausen, *Weimarer Republik entblößt*, S. 239.
- 41 Bernd Buchner: *Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik*, Bonn 2001; Nadine Rossol: *Performing the Nation in Interwar Germany. Sport, Spectacle and Political Symbolism 1926–1936*, Basingstoke 2010; Christian Welzbacher (Hg.): *Der Reichskunstwart. Kulturpolitik und Staatsinszenierung in der Weimarer Republik*, Weimar 2010.
- 42 Vgl. z.B. Gerhard Paul: *Der Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1992; Ders.: *Kampf um Symbole. Symbolpolitischer Bürgerkrieg 1932*, in: Ders., *Jahrhundert*, S. 420–427.
- 43 Vgl. dazu Andrés Mario Zervigón: *John Heartfield and the Agitated Image. Photography, Persuasion, and the Rise of Avant-Garde Photomontage*, Chicago 2012; Thomas Hertfelder: *Das tote Parlament. Zur Ikonografie des kommunistischen Antiparlamentarismus in der Weimarer Republik*, in: Andreas Biefang / Marij Leenders (Hg.): *Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940*, Düsseldorf 2014, S. 176–215.
- 44 Zum Beispiel Karl Dietrich Erdmann / Hagen Schulze (Hg.): *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie*, Düsseldorf 1980.
- 45 Vgl. z.B. die Rekonstruktion der Ereignisse bei Heinrich August Winkler: *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, S. 364–373.
- 46 *Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 4. Wahlperiode, 201. Sitzung vom 16.07.1930*, S. 6407C.
- 47 *Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 4. Wahlperiode, 204. Sitzung vom 18.07.1930*, S. 6523C–D.
- 48 Vgl. die detaillierte Schilderung bei Winkler, *Weimar*, S. 491–505.
- 49 Vgl. Thomas Mergel: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- 50 Thomas Mann: *Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft*, in: Ders., *Essays*, Bd. 3: *Ein Appell an die Vernunft 1926–1933*, hg. v. Hermann Kurzke und Stephan Stachorski, Frankfurt 1994, S. 259–279, hier S. 268f.

- 51 Vgl. Jörn Retterath: 1930. Das Ende des parlamentarischen Regierens, in: Agnes Bresselau von Bressensdorf / Jürgen Finger / Bernhard Gotto u.a. (Hg.): Kippunkte. Momente des Wandels im 20. Jahrhundert, S. 83–91.
- 52 Eine scharfsinnige Analyse dieses Themas für die gegenwärtige Berliner Republik bietet Florian Meinel: Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus, München 2019.
- 53 Emil Lederer: Soziologie der Gewalt. Ein Beitrag zur Theorie der gesellschaftsbildenden Kräfte, in: Ders. (Hg.): Soziologische Probleme der Gegenwart, Berlin 1921, S. 16–29, hier S. 16, zit. n. Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 11.
- 54 Vgl. Schumann, Gewalt, S. 152–158, 163–171.
- 55 Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.
- 56 Schumann, Gewalt, S. 306–309, 359.
- 57 Vgl. zum Folgenden Eve Rosenhaft: Beating the Fascists. The German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge u.a. 1983, S. 34–41; Heinrich August Winkler: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Teil 3: Der Schein der Normalität. 1924–1930, Bonn ²1988, S. 671–679; Thomas Kurz: »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin/Bonn 1988; Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 425–431; Buchner, Identität, S. 252–263.
- 58 Vgl. Kurz, »Blutmai«, S. 68.
- 59 Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 4. Wahlperiode, 69. Sitzung vom 02.05.1929, S. 1801C–1803B.
- 60 Vgl. Rosenhaft, Fascists, S. 35, 40f; Winkler, Arbeiter, S. 679–685; Wirsching, Weltkrieg, S. 425.
- 61 Vgl. Gotthard Jasper: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963; Christoph Gusy: Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.
- 62 Vgl. Marcel Böhles: Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten 1924–1933, Essen 2016; Sebastian Elsbach: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019.
- 63 Vgl. Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989; Daniel Siemens: Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2019.
- 64 Vgl. Schumann, Gewalt, S. 320f: Waren während der acht Wochen des Verbots »nur« 13 Menschen durch politische Gewalt ums Leben gekommen, so zählte die Statistik in den nur sechs Wochen zwischen der Aufhebung des Verbots Mitte Juni und Ende Juli insgesamt 105 tödliche Opfer. Diese besonders hohe Zahl mag aber außerdem durch die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 bedingt sein.
- 65 Schumann, Gewalt, S. 359f.

- 66 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Eine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 163.
- 67 Vgl. Wirsching, Weltkrieg; Schumann, Gewalt, S. 359.
- 68 Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 235.
- 69 Zur Kritik an Jones vgl. Benjamin Ziemann: Gewalt in der deutschen Revolution 1918/19, in: Martin Sabrow (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1933. Göttingen 2023, S. 43–62.
- 70 Vgl. dazu Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1999, S. 185–187; Ders.: Politische Attentate als gegenrevolutionäre Strategie. Die Organisation Consul und ihr Putschplan, in: Ders. (Hg.), Gewalt, S. 183–204.
- 71 Karl Gareis (1889–1921), Fraktionsvorsitzender der USPD im bayerischen Landtag.
- 72 Joseph Wirth (1879–1956), Reichskanzler 1921/22.
- 73 Zitiert nach: Paul Frölich: Wider den Weißen Mord, Berlin/Leipzig 1922, S. 3. Dieses Hasslied, dessen einzelne Strophen jeweils unterschiedliche Melodievorlagen haben, wird in der Weimar-Literatur wie auch im Internet in unterschiedlichen Varianten zitiert, vgl. z. B. Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 242f.
- 74 Vgl. hierzu Hertfelder, Parlament, S. 186–193.
- 75 Schumann, Gewalt, S. 360, spricht von einer »Überformung solcher Faktoren [wie Sozialisation, Abstiegsängste, Arbeitslosigkeit, T.H.] durch Mobilisierungs- und Deutungsprozesse der politischen Kultur«; vgl. z.B. jetzt aber auch Stefanie Schüler-Springorum: Vom Wort zur Tat. Das Erbe des Weimarer Antisemitismus, in: Hochmuth/Sabrow/Siebeneicher (Hg.), Weimars Wirkung, S. 92–108; Alexander Gallus: Wenn Worte zu Waffen werden. Karl Helfferich und die Sprache der Gewalt, in: Sabrow (Hg.), Gewalt, S. 269–284.
- 76 Zumal die KPD seit dem VI. Weltkongress der Komintern 1928 eine verschärfte Bürgerkriegsrhetorik pflegte, vgl. Wirsching, Weltkrieg, S. 419–425, 611–622; Schumann, Gewalt, S. 107. – Martin Sabrow: Die Republik der Gewalt, in: Ders., Gewalt, S. 9–40, hier S. 25, spricht von »autotelischer« Gewalt, während Rosenhaft, Fascists, S. 55, betont, dass die Gewaltaktionen der KPD u.a. dazu dienten, die nur losen Verbindungen zwischen der Partei und den arbeitenden Massen zu stärken.
- 77 Die Frage, inwieweit in der Spätphase der Weimarer Republik tatsächlich bürgerkriegsartige Zustände herrschten bzw. die reale Gefahr eines Bürgerkriegs bestand, ist in der Forschung umstritten. Während Wirsching, Weltkrieg, sowie Dirk Blasius: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Frankfurt 2008 der Bürgerkriegsdeutung zuneigen, widerspricht Schumann, Gewalt, dieser Interpretation.
- 78 Vgl. zum Folgenden das Standardwerk von Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics, and the German Inflation, 1914–1924, New York/Oxford 1993; ferner Sebastian Teupe: Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt 2022; Harold James: Schockmomente. Eine Weltgeschichte von Inflation und Globalisierung von 1850 bis heute, Bonn 2023, S. 129–181.
- 79 Büttner, Weimar, S. 166.

- 80 Teupe, Zeit, S. 74.
- 81 Vgl. James, Schockmomente, S. 160.
- 82 Die hier genannten Zahlen nach: Teupe, Zeit, S. 97, und Büttner, Weimar, S. 165–167.
- 83 Vgl. Teupe, Zeit, S. 96f; Hans-Peter Ullmann: Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen, München 2005, S. 100.
- 84 Feldman, Disorder, S. 406.
- 85 James, Schockmomente, S. 163, 166.
- 86 Darin sind sich die Forschungen zur Inflationsperiode immerhin einig, vgl. das Schlusskapitel »A Mortgaged Democracy« in Feldman, Disorder, S. 837–858.
- 87 Sebastian Haffner: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart 2000, S. 57.
- 88 Zu Käthe Kollwitz während der Inflation vgl. jetzt Jutta Hoffritz: Totentanz. 1923 und seine Folgen, Hamburg 2022.
- 89 Vgl. Gerald D. Feldman: Hugo Stinnes: Biographie eines Industriellen 1870–1924, München 1998; Hoffritz, Totentanz.
- 90 Moritz Julius Bonn: So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens. Mit einem Nachwort von Jens Hacke, Hamburg 2023 [1953], S. 272.
- 91 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, hg. v. Knut Borchardt / Edith Hanke / Wolfgang Schluchter, Tübingen 2013 (= Max Weber Gesamtausgabe Abt. I, Bd. 23: Schriften und Reden), S. 427.
- 92 Schumann, Gewalt, S. 171–202.
- 93 Zu dieser Unterscheidung Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 2014 [1968], S. 47–79. Ute Frevert: Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung. Deutsche Geschichte seit 1900, Frankfurt 2020, S. 373, erweitert diese Dichotomie zur Trias »persönliches Vertrauen«, »Amtsvertrauen« und »Systemvertrauen«. Ihre wenigen Bemerkungen zur Weimarer Republik (S. 378–381) beschränken sich auf das Vertrauen im parlamentarischen Prozess.
- 94 James, Schockmomente, S. 164f.
- 95 So Luhmann, Vertrauen, S. 53 und öfter.
- 96 Vgl. dazu Antony Giddens: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt 1996, S. 43–52; Ute Frevert: Ist Vertrauen ein Gefühl? In: Dies: Gefühle in der Geschichte, Göttingen 2021, S. 58–69, hier S. 66, sieht in dieser These ein »Märchen unserer Tage«, übersieht aber die spezifisch »moderne« Qualität von Vertrauen als einer systemisch relevanten Ressource; vgl. auch dies, Gefühle, S. 373–381.
- 97 Georg Simmel: Philosophie des Geldes (1907), in: Ders.: Philosophische Kultur, mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 2008, S. 253–751, hier S. 395.
- 98 Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 205; James, Schockmomente, S. 165; Michael Wildt: Zerborstene Zeit. Deutsche Geschichte 1918–1945, München 2022, S. 133–135.

- 99 Vgl. Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 18f; ähnlich Eberhard Kolb / Dirk Schumann: Die Weimarer Republik, München 2013, S. 204f.
- 100 Vgl. dazu Philipp Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020; James, Schockmomente.
- 101 Teupe, Zeit, S. 96, 102f.
- 102 Vgl. Feldman, Disorder, S. 399–406; Teupe, Zeit, S. 20–27, 96, 102f.
- 103 Das Thema wird in der Forschung kontrovers beurteilt, vgl. Teupe, Zeit, S. 199f; Ullmann, Steuerstaat, S. 98f.
- 104 Ullmann, Steuerstaat, S. 102–105; Teupe, Zeit, S. 114.
- 105 Teupe, Zeit, S. 145.
- 106 Vgl. dazu ausführlich Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2017 [2014], S. 357–376.
- 107 Tooze, Sintflut, S. 578.
- 108 Vgl. Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der Bundesrepublik, Göttingen 2009.
- 109 Detlef J. K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1987; Gunther Mai: Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001; Eric D. Weitz: Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton 2007.
- 110 Peter Fritzsche: Did Weimar fail?, in: Journal of Modern History 68 (1996), S. 629–656, hier S. 630; vgl. auch Sabrina Becker: Experiment Weimar. Eine Kulturgeschichte Deutschlands 1918–1933, Darmstadt 2018; Walter Mühlhausen: Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie, Bonn 2019.
- 111 Die umfangreiche und differenzierte Debatte zu dem Thema ist bei Thonfeld, Krisenjahre, gut zusammengefasst.
- 112 Dies ist mittlerweile, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, Common Sense der Forschung. Vgl. Heinrich August Winkler: Die abwendbare Katastrophe, in: Ders.: Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007, S. 93–104; Ders.: Die Deutschen und die Revolution. Eine Geschichte von 1848 bis 1989, München 2024, S. 82f; Fritz Backhaus / Dan Diner / Julia Franke u.a. (Hg.): Roads not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können, München 2023, bes. S. 166–203; Wolfram Pyta / Rainer Orth: Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können, in: Historische Zeitschrift 312 (2021), S. 400–444.
- 113 Vgl. Mai, Europa; Christoph Cornelißen / Dirk van Laak (Hg.): Weimar und die Welt. Globale Verflechtungen der ersten deutschen Republik, Göttingen 2020; Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014; Boris Barth: Europa nach dem großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938, Frankfurt 2016.
- 114 Vgl. Christoph Gusy: Weimars lange Schatten. »Weimar« als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003; Ullrich, Weimar-Komplex.

- 115 Vgl. pointiert: Müller, Weltkrieg; Ders. / Adam Tooze (Hg.): Normativität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.
- 116 Vgl. dazu jetzt geradezu in Umkehrung der traditionellen Perspektive Rüdiger Voigt (Hg.): Aufbruch zur Demokratie. Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik, Baden-Baden 2020.
- 117 Vgl. dazu Mergel, Parlamentarische Kultur.
- 118 Verhandlungen der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, 71. Sitzung vom 31.07.1919, S. 2195A. Dieser Versuchung erliegt z.T. Müller, Weltkrieg. Zur Kritik an Müllers Thesen vgl. Steffen Kailitz: Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik in international vergleichender Perspektive. Eine Replik auf den Beitrag von Tim B. Müller, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 437–451; Claus-Dieter Krohn: Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik, https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/Krohn_Müller.pdf (08.08.2024).
- 119 Vgl. Wolfgang Hardtwig: Volksgemeinschaft im Übergang. Von der Demokratie zum rassistischen Führerstaat, in: Detlef Lehnert (Hg.): Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept »Volkshheim« im Vergleich 1900–1938, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 227–253; Ian Kershaw: »Volksgemeinschaft«. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2011, S. 1–17; Michael Wildt: Umstrittene »Volksgemeinschaft«. Ein politischer Schlüsselbegriff zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, in: Hochmuth/Sabrow/Siebeneicher (Hg.), Weimars Wirkung, S. 78–91, sowie Jörn Retterath: Was ist das Volk? Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924, Berlin/Boston 2016.
- 120 Vgl. Lutz Raphael: Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011, S. 116f, sowie Thomas Mergel: Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127, hier S. 107; Mai, Europa.
- 121 Vgl. Mai, Europa, S. 52–106.
- 122 Vgl. z.B. Peukert, Weimarer Republik, S. 132–148, sowie die Skizze samt Forschungsüberblick bei Wirsching, Weimarer Republik, S. 80–83.
- 123 Vgl. Mergel, Expectations.
- 124 Vgl. Ullmann, Steuerstaat, S. 102–105.
- 125 Werner Plumpe: Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution, Berlin 2019, S. 326; vgl. auch Ralf Ahrens / Boris Gehlen / Alfred Reckendrees (Hg.): Die »Deutschland AG«. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013; Hans-Günter Hockerts / Günter Schulz (Hg.): Der »Rheinische Kapitalismus« in der Ära Adenauer, Paderborn 2016.
- 126 Vgl. zusammenfassend Büttner, Weimar, S. 130–137, 367–374, 504f.
- 127 Vgl. Detlef J.K. Peukert: Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Fall der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932, Köln 1986; Marcus Gräser: Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik, Göttingen 1995; Franziska Nicolay-Fischbach: 1922 – das Reichjugendwohlfahrtsgesetz: Der Staat als Erzieher, in: Bresselau von Bressensdorf, Kippunkte, S. 59–70.

- 128 Raphael, Gewalt, München 2011, S. 89.
- 129 Vgl. Thomas Etzemüller: Demokratie in der Zwischenkriegszeit – die Mär eines europäischen Scheiterns, in: Merkur 78 (2024), Heft 897, S. 5–16; zur Demokratieerinnerung Thomas Hertfelder / Ulrich Lappenküper / Jürgen Lillteicher (Hg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016.
- 130 Vgl. z.B. Mai, Europa, S. 18–194; Barth, Europa; Müller, Weltkrieg.
- 131 Vgl. Etzemüller, Demokratie.
- 132 So die Generalthese von Büttner, Republik; ähnlich Müller, Weltkrieg, sowie Seefried, Krise.
- 133 Vgl. Mai, Europa, S. 184.
- 134 Vgl. Rudolf Herz / Dirk Halfbrodt (Hg.): Fotografie und Revolution. München 1918/19, Berlin 1988.
- 135 So im Blick auf Ebert und seine Präsidentschaft Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert. Sein Leben in Bildern, Ostfildern 2019, S. 19–28.

Bildnachweis

Sämtliche Bildrechte wurden, soweit möglich, ermittelt und eingeholt. Sollten darüber hinaus Rechte tangiert sein, die wir nicht ermitteln konnten, bitten wir um Mitteilung.

Titelseite: ullstein bild, Bild 00279015 / Fotograf unbekannt

Abb. 1: X-Filme/ARD Degeto/Sky/Beta Film

Abb. 2: Archiv der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte /
Fotograf: Wilhelm Steffen

Abb. 3: Archiv der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und
Bundesarchiv, Bild 146-1987-076-13 / Fotograf: Wilhelm Steffen

Abb. 4: Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg, Hauptbibliothek
Erlangen.

Abb. 5: Archiv der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und
Bundesarchiv, Bild 146-1987-076-13 / Fotograf: Wilhelm Steffen

Abb. 6: Archiv der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und
Bundesarchiv, Bild 146-1987-076-13

Abb. 7: akg images, Bild 7445532 / Fotograf unbekannt

Abb. 8: INTERFOTO / Pulfer, Bild 00487499 / Künstler: Reinhard
Schumann

Abb. 9a: Bundesarchiv, Bild 146-1979-122-28A / Fotograf unbekannt

Abb. 9b: Bundesarchiv, Bild 102-18376 / Fotograf unbekannt

Abb. 10a: Wikimedia Commons / Fotograf: Robert Sennecke

- Abb. 10b: Bundesarchiv, Bild 146-1989-072-16 / Fotograf: Robert Sennecke
- Abb. 10c: Bundesarchiv, Bild 183-L40010 / Fotograf unbekannt
- Abb. 11: akg images, Bild 186253 / Fotograf unbekannt
- Abb. 12: Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg / Künstler: Karl Jakob Hirsch
- Abb. 13: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart / Künstler: John Heartfield ©The Heartfield Community of Heirs / VG Bild-Kunst
- Abb. 14: Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek, Bild 3.1/88 / Künstler: Hans Herbert Schweitzer
- Abb. 15: akg images, Bild 74125 / Fotograf unbekannt
- Abb. 16: Bibliothek für Zeitgeschichte in der Württembergischen Landesbibliothek, Bild 2.5/7 / Künstler: Fritz Erler
- Abb. 17: Sammlung des Käthe Kollwitz Museums Köln, Bild Kn 202 B / Künstlerin: Käthe Kollwitz
- Abb. 18: Bundesarchiv, Bild Plak 002-032-020-T1,-T2 / Künstler unbekannt
- Abb. 19: Bundesarchiv, Bild 102-03034 / Fotograf: Georg Pahl
- Abb. 20: Bundesarchiv, BildY 1-335-26958 / Fotograf unbekannt
- Abb. 21: Bundesarchiv, Bild 102-09036 / Fotograf: Georg Pahl
- Abb. 22: Bayerische Staatsbibliothek, Hbl / 400.2005 – 1920, 1
- Abb. 23: Stadtarchiv Stuttgart, Bild 2382 –FA 281/47 / Fotograf: Franz Cloos

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung.

In unserer Forschungs- und Bildungsarbeit fragen wir nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Dabei knüpfen wir an aktuelle Problemlagen an und bieten ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Theodor Heuss betreiben wir eine Erinnerungsstätte. Unter dem Motto »Demokratie als Lebensform« führen wir unseren Gästen das Leben von Theodor Heuss und seiner Frau Elly Heuss-Knapp in ihren vielfältigen historischen Bezügen vom Deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik anschaulich vor Augen. Als einziges Museum in Deutschland beleuchten wir in unserer expressiv gestalteten Ausstellung »Die Nummer 1. Das Staatsoberhaupt« die Aufgaben und Funktionen des Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland. Schließlich vermitteln drei rekonstruierte Wohnräume Eindrücke von der bildungsbürgerlichen Lebenswelt des ersten Bundespräsidenten während der frühen 1960er Jahre.

Forscherinnen und Forschern stellen wir die umfangreichen Nachlässe von Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp, eine wissenschaftliche Fachbibliothek sowie eine Mediensammlung zur Verfügung. Geschichtswissenschaftliche Akzente setzen wir schließlich mit dem Theodor-Heuss-Kolloquium, mit unserer Reihe »Zeithistorische Impulse« sowie der Edition »Stuttgarter Ausgabe«, in der wir die Briefe und Publizistik von Theodor Heuss für Forschung und Öffentlichkeit bereitstellen.

Die Stiftung wird finanziert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Neuerscheinung

Ernst Wolfgang Becker / Frank Bösch (Hg.)

Partizipation per Post

Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie

380 Seiten mit 7 s/w-Abbildungen
Zeithistorische Impulse, Band 16
ISBN 978-3-515-13660-0 (gebunden)
ISBN 978-3-515-13664-8 (E-Book)
Stuttgart 2024



Bürgerbriefe an Politikerinnen und Politiker sind im 20. Jahrhundert eine weitverbreitete Partizipationsform. Bürgerinnen und Bürger wandten sich mit Huldigungen, Bitten, Stellungnahmen oder Kritik an ihr politisches Personal. Zwischen Privatheit und Öffentlichkeit umgingen Bürgerbriefe staatliche Hierarchieebenen und beanspruchten, mit »Volkes Stimme« zu sprechen. Sie dienten der politischen Einflussnahme jenseits von Wahlen, Parteien oder Demonstrationen. Die Politik nahm diese Schreiben als Stimmungsbarometer erstaunlich ernst und wendete viel Zeit und Mühen für die Antworten auf.

Die Autorinnen und Autoren des Bandes untersuchen den Wandel dieser politischen Kommunikationsform vom Kaiserreich bis zur Deutschen Einheit 1990. Sie fragen nach den Motiven, Strukturen und Inhalten der Schreiben sowie nach der Sozialstruktur der Schreibenden. Welchen Stellenwert haben Emotionen und Autoritätsbekundungen? Welches Verständnis von Staat und Demokratie, welche Erwartungen an die Politik drückt die Korrespondenz aus?

Die Bürgerbriefe in Diktatur und Demokratie erweisen sich als ambivalent: ein Medium der politischen Partizipation, das aber nicht unbedingt die Demokratie fördert.

Zeithistorische Impulse. Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
**Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes**
Stuttgart 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
**Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik**
Stuttgart 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik
Stuttgart 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
**Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus**
Stuttgart 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
**Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947
zur Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933**
Stuttgart 2003
- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stuttgart 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
**Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland
im 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2005
- 8 Frieder Günther
**Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik
durch den ersten Bundespräsidenten**
Stuttgart 2006

- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
**Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.
Politik, Literatur, Wissenschaft**
Stuttgart 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
**Liberalismus und Emanzipation.
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik**
Stuttgart 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyssek (Hg.)
**Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik**
Stuttgart 2012
- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stuttgart 2015
- 13 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler (Hg.)
**Grenzen des Neoliberalismus.
Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2018
- 14 Wolfgang Hardtwig
**Freiheitliches Bürgertum in Deutschland.
Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und
Widerstand**
Stuttgart 2018
- 15 Ernst Wolfgang Becker / Elke Seefried / Johannes Hürter / Frank Bajohr (Hg.)
**Liberalismus und Nationalsozialismus.
Eine Beziehungsgeschichte**
Stuttgart 2020
- 16 Ernst Wolfgang Becker / Frank Bösch (Hg.),
**Partizipation per Post
Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie**
Stuttgart 2024

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Die bereits abgeschlossene Reihe der Briefe umfasst folgende Bände:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892–1917

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormmann
München 2008

Theodor Heuss: In der Defensive. Briefe 1933–1945

Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München 2007

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2013

**Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959**

Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York 2010

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther

Berlin/Boston 2014

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 **Parlamentarische Poesie**
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
hg. u. bearb. v. Gudrun Kruijff
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Siegel
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008

- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009
- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-
Haus zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013

- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013
- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna
Im Schatten des Antiklerikalismus
Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Bedrohte Freiheit
Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch
Politik als Beruf
Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945
Stuttgart 2018

- 36 Herfried Münkler
Die neuen Kriege
Zur Wiederkehr eines historischen Musters
Stuttgart 2018
- 37 Ernst Wolfgang Becker
Wie viel Konsens braucht die Demokratie?
Theodor Heuss und die Zukunft des Grundgesetzes
Stuttgart 2019
- 38 Thomas Hertfelder
Erfolgsgeschichte Bundesrepublik
Aufstieg und Krise einer Meistererzählung
Stuttgart 2020
- 39 Irina Scherbakowa
Russland und Deutschland
Aspekte einer wechselvollen Beziehung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2019
Stuttgart 2020
- 40 Armin Nassehi
Offenheit
Freiheit als Form der Gesellschaft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2021
Stuttgart 2022
- 41 Gabriele Britz
Zur Sprache der Verfassung
Stuttgart 2022
- 42 Thorsten Holzhauser
Liberalismus und Zensur
Theodor Heuss und der Kampf um die »Schund- und Schmutzliteratur«
in der Weimarer Republik
Stuttgart 2024

- 43 Angelika Nußberger
**Universelle Geltung der Menschenrechte –
eine Ideologie des Westens?**
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2023
Stuttgart 2024
- 44 Thomas Hertfelder
**Mehr als Babylon Berlin.
Was lehrt uns die Republik von Weimar heute?**
Stuttgart 2025

Impressum

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar über <http://dnb.d-nb.de>

Herausgegeben von der

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Breitscheidstraße 48

70176 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Thomas Hertfelder

Satz: Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

Gestaltung: as kommunikationsdesign, Stuttgart

Druck und Bindung: Druckerei Lokay e. K., Reinheim

Umschlagfoto: Potsdamer Platz, Berlin 1930 © Ullstein Bild

Foto hintere Umschlagklappe: © Franziska Kraufmann; SBTH

ISBN 978-3-942302-22-7 | ISSN 1435-1242

© SBTH, Januar 2025

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Zum Autor

Thomas Hertfelder ist Historiker und Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart. Er studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er beide Staatsexamina ablegte und 1995 mit einer wissenschaftsgeschichtlichen Arbeit promoviert wurde. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Geschichte des Liberalismus, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik sowie in Fragen der Erinnerungskultur.

Zu seinen Veröffentlichungen gehören »Erinnern an die Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik« (2016, hrsg. mit Jürgen Lillteicher und Ulrich Lappenküper); »Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert« (2018, hrsg. mit Frank Bösch und Gabriele Metzler), »Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Aufstieg und Krise einer Meistererzählung« (2020).

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Breitscheidstraße 48
70176 Stuttgart
www.stiftung-heuss-haus.de

ISSN 1435-1242
ISBN 978-3-942302-22-7